

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfgespaltene Beilage 20 Pfg.

Redaktion: N. Wiehle, Linden-Gannover.

Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: N. Wiehle, Linden-Gannover, Falkenstr. 23. Postzeitungsliste: Nr. 1187.

Nr. 23.

Hannover, den 6. Juni 1896.

6. Jahrgang.

Protokoll

über die

Verhandlungen des 10. Verbandstages

des

Central-Verbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Abgehalten in München vom 28. bis 30. Mai 1896.

1. Verhandlungstag (28. Mai). Vormittags-Sitzung.

Der Vorstandsvorsitzende Wiehle begrüßt im Namen des Hauptverbandes die erschienenen Delegirten und erklärt den 10. Verbandstag für eröffnet. Dem diesjährigen Verbandstag lägen Arbeiten von so eminenter Wichtigkeit vor, wie noch keinem anderen. Er sei überzeugt, daß die Delegirten sich dieser wichtigen Aufgabe bewußt seien und es an dem nöthigen Ernst und Arbeitslust nicht im Geringsten fehlen lassen werden.

Die Wahl des Bureau ergab folgendes Resultat: Klein-Hamburg (1. Vorsitzender); Gerhards-München (2. Vorsitzender); Hübner-Berlin, Heymann-Kassel, Braudt-Hannover und Staudenmeyer-Frankfurt a. M. (Schriftführer).

Die Mandatsprüfungs-Kommission besteht aus den Kollegen Müller-Brandenburg, Reule-Stuttgart und Wagemann-Mannheim.

Es sind anwesend 29 Delegirte, ein Mitglied des Hauptverbandes und ein Vertreter des Verbands-Ausschusses.

Die Präsenzliste ist folgende: Klein-Hamburg; Kreuzer-Kiel; Decker-Bodum; Kloeber-Elberfeld; Ahnig-Büffelberg; Braudt-Hannover; Hübner-Berlin; Frihsching-Dresden; Müller-Brandenburg; Stöcklein-Leipzig; Heymann-Kassel; Jacobs-Erfurt; Niede und Staudenmeyer-Frankfurt a. M.; Wolf-Main; Schumacher-Karlsruhe; Leithner-Heilbronn; Schmidt-Nürnberg; Müller und Reule-Stuttgart; Seelos-Leisendorf; Gerhards, Obermaier und Wittmann-München; Fischer-Regensburg; Weber-Ludwigshafen; Schmidt-Nürnberg; Wagemann-Mannheim; Graf-Dannover (Vertreter der Einzelmitglieder).

Vertreter des Hauptverbandes: Wiehle-Hannover. Vertreter des Ausschusses: W. Richter-Berlin.

Vom Hauptvorstande wird folgender Geschäftsordnungsentwurf vorgelegt:

1. Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.
2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung kommen sollen, von mindestens 10 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.
3. Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.
4. Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 5 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.
5. Die Referenten erhalten eine Redezeit von einer Stunde. Zur Begründung eines genügend unterstützten Antrages erhält der Antragsteller eine Redezeit von 15 und jeder nachfolgende Redner eine solche von 10 Minuten.
6. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.
7. Namentliche Abstimmung erfolgt, wenn ein diesbezüglicher Antrag die Unterstützung von 10 Delegirten findet.
8. Die Verhandlungen finden statt von Vormittags 8 bis Nachmittags 1 Uhr mit halbstündiger Pause.

Derselbe wurde in allen Punkten angenommen.

Hierauf erfolgt Eintritt in die Tagesordnung. Diese lautet:

1. a) Bericht des Hauptverbandes.
b) Kassenbericht.
c) Bericht über die Presse.
2. Bericht des Ausschusses und der Rechtschutzkommission.
3. Berathung der gestellten Statutenänderungsanträge.
4. Soll eine Krankenzuschußkasse gegründet werden?
5. Der 2. Deutsche Gewerkschaftskongreß.
6. Die Verlängerung der Arbeitszeit und das Bestreben der Brauereien, möglichst billige Arbeitskräfte einzustellen. (Referent Kollege Klein-Hamburg).
7. Allgemeine Anträge, welche nicht unter die vorgenannten Punkte fallen.
8. Wahl des Hauptvorsitzenden und des Ortes, an welchem der Hauptvorstand seinen Sitz hat.
9. Wahl des Ortes, wo der nächste Verbandstag stattfindet.
10. Verschiedenes.

Punkt 1a der Tagesordnung: Bericht des Hauptverbandes.

Derselbe liegt gedruckt vor und lautet:

Kollegen! Als im Vorjahre die Vertreter des Verbandes nach einer zweijährigen Periode sich in Berlin zusammenfanden, um über den Ausbau der Organisation zu berathen, stand der Verband noch unter dem Eindruck jener gewaltigen Kämpfe des Jahres 1894. Das Jahr 1895 war dem auch mehr den inneren Angelegenheiten

des Verbandes gewidmet und fanden mit Ausnahme einzelner kleiner Bewegungen größere Aktionen nicht statt. Trotzdem ist auf dem Wege der Vereinbarung — sei es mit oder ohne Hilfe der übrigen Arbeiter — in einer größeren Anzahl von Orten auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Berufsgenossen hingewirkt worden. Der vorjährige Verbandstag änderte, den Verhältnissen entsprechend, das Statut und wurde dem Hauptvorstand durch die gefaßten Beschlüsse eine Richtschnur gegeben, welche für denselben stets als Leitmotiv galt, obwohl auch konstatiert werden muß, daß oft die praktische Ausführung solcher Beschlüsse weit schwieriger ist, als man geneigt ist, vorher anzunehmen.

Die Arbeitsleistung des Hauptverbandes war dem auch im abgelaufenen Jahre eine ziemlich große, namentlich die des Vorsitzenden und Kassiers. Der Beschluß, eine Hilfskraft anzustellen, konnte vorerst nicht zur Ausführung kommen, da die Kosten für Verwaltung zu hoch geworden wären und die Lage des Verbandes eine Sparsamkeit nach dieser Richtung noch notwendig machte. Ferner stieß die Wahl der betreffenden Hilfskraft auf Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten, die den Hauptvorstand veranlaßten, vorläufig davon Abstand zu nehmen. Vom November ab ist dem eine ständige Hilfskraft gewesen, die Anfangs Februar dem Kollegen Bauer-Hannover übertragen wurde, weil Kollege Wiehle an einem Nerveneiden schwer erkrankte, welches eine Kraft erforderte, die mit den Verhältnissen des Verbandes bereits eingehend vertraut war. Mit der Zunahme der Mitglieder wuchsen auch die Anforderungen an den Hauptvorstand. Mehr als sonst machte sich das Bestreben geltend, bald nach Gründung der Zahlstelle auch die bis dahin ruhig ertragenen elenden Daseinsbedingungen von sich abzuschütteln. Daß die Kollegen, welche eben zu der Erkenntnis ihrer Klassenlage erwacht, nicht so widerstandsfähig sind, als es der Kampf erfordert, hat die Erfahrung gelehrt und so hatte dem auch der Leiter des Verbandes die Aufgabe, dahin zu wirken, daß einerseits vorläufige Bewegungen unterbleiben und andererseits doch das Loos der Kollegen nach Möglichkeit verbessert wurde. Es ist dies dem auch in mehreren Fällen gelungen.

Die Regenirung der Unterstützung auf 15 bezw. 30 Mk. in einer Unterstützungsperiode hat gezeigt, daß der Verband mit den gegählten Beiträgen auskommt und daß wohl hieran nichts geändert zu werden braucht. Vorausgesetzt ist natürlich, daß nicht durch Bewegungen größere Anforderungen an die Hauptkasse gestellt werden und daß sich die Anzahl der Heife-Unterstützung noch strikter an das Statut halten.

Seitens des Hauptverbandes ist für die Ausbreitung des Verbandes unangenehm gearbeitet worden. Mehrere größere Agitations-Touren wurden arrangirt und fanden fast in allen Zahlstellen Versammlungen statt, mit Ausnahme von Bismarck, Kiel, Albeck, Dresden und Berlin. Die Errichtung von Agitations-Kommissionen hat sich, soweit wir feststellen konnten, bewährt. Namentlich haben in einzelnen Gegenden, wie München, Weimarn, Frankfurt und Stuttgart, die Kommissionen alles aufgegeben, soweit die Mittel es erlaubten, für die Ideen des Verbandes Propaganda zu machen und Mitglieder zu werben. In jangmüthigen Hoffnungen durfte man allerdings auf die Thätigkeit der Kommissionen nicht setzen, da die Mittel, welche denselben zur Verfügung standen, bescheidene waren. In einzelnen Fällen wurden Zuschüsse aus der Hauptkasse gewährt. In den Ausgaben für Versand der Zeitung sind ebenfalls die Ausgaben für Versand von Flugblättern und Agitationsnummern einbezogen, von denen ein größerer Theil verkauft wurde. So ließ es sich der Hauptvorstand angelegen sein, namentlich in den Gegenden, wo Versammlungen nicht abgehalten werden konnten, z. B. in Ostdeutschland, für den Verband durch Verschicken von geeigneten Zeitungen Propaganda zu machen. Bot sich für den Hauptvorstand ein Anhaltspunkt, so wurde er zum Anknüpfen benutzt und ist es ja auch gelungen, einzelne Mitglieder zu erhalten. Daß nicht allen an den Hauptvorstand gelangten Schreiben um einen Referenten entsprochen werden konnte, lag weniger an dem Willen des Hauptverbandes als an dem Mangel an geeigneten Kollegen. Der Vorsitzende Wiehle war fast der einzige, der größere Touren gemacht hat. In einzelnen Versammlungen waren wohl Kollegen zu haben. Die Kollegen werden, wie es bereits in einzelnen Orten der Fall, mehr mit rednerischen Kräften, die keine Brauereiarbeiter sind, vorlieb nehmen müssen. Eschwerend für die Agitation wird wohl auch in Zukunft der Umstand sein, daß in einer Anzahl von Orten die Versammlungen nur Sonntags abgehalten werden können. Deshalb wird in Zukunft, wenn die Agitationskommissionen bestrebt sind, in engerer Fühlung mit dem Hauptvorstande zu stehen, die Agitation noch planmäßiger betreiben zu können.

Die Zahl der Mitglieder ist durch die Agitation dem auch am 1. April 1895 von 5700 auf 7400 gewachsen, und sind in einer Anzahl Orten Zahlstellen errichtet. In erfreulicher Weise hat sich dem auch in Süddeutschland der Verband gehoben. Die Zahl der Einzelmitglieder ist ebenfalls gestiegen und wird das Arbeitspensum der angestellten Beamten ein sehr hohes. Die Correspondenz war dem auch im abgelaufenen Geschäftsjahre eine sehr rege. Es gingen nicht weniger als 5198 Briefe und Postkarten ein, neben 1925 Drucksachen und 1029 Postanweisungen. In ein Straßporto wurden 17,40 Mk., für Depeschen 23,55 Mk. verausgabt. 2589 Briefe, 1114 Postkarten und Drucksachen wurden versandt.

Auch auf dem Gebiete der Unfallversicherung und der Lohnstreitigkeiten hat der Hauptvorstand in sehr vielen Fällen eingegriffen, um das gefährdete Recht von Mitgliedern zu schützen. Im Allgemeinen wendet man sich häufig in allen möglichen Privatangelegenheiten an den Hauptvorstand, wollte dieser allen solchen an ihn gestellten Anforderungen genügen, so wäre die Aufstellung weiterer drei besoldeter Beamten erforderlich. Die Expedition der „Bräuer-Zeitung“ erfordert, nachdem dieselbe in einer Auflage von 7500 Exemplaren erscheint, fast allein eine Arbeitskraft. Der zahllose Wechsel in einzelnen Gegenden und die fortwährenden Veränderungen der Vertrauensmänner beanspruchen viel Zeit zu Streichungen und Neueintragungen. Das Drucken von Adressen ist aus diesem Grunde zu kostspielig. Hier wird der Verbandstag Wandel schaffen müssen. Nach mehreren Orten werden die Zeitungen nur durch Postfacete gesandt. Dies sollte in Zukunft nach allen Orten geschehen, nur die Orte ausgenommen, wo die Brauereien alle in der Umgebung liegen, und die Einzelmitglieder. Es müßte Sache der Zahlstellen sein, ihre Zeitungen an die Mitglieder zu verbreiten. Der ausgedehnte Apparat der Expedition nimmt für die Verwaltungsbeamten zu viel Zeit in Anspruch, und andererseits ist auch das Porto für den Versand zu einer bedeutenden Summe angewachsen. Das Organ hat eine größere Anzahl Originalartikel über die verschiedenen Tagesfragen gebracht. Der Andrang von Korrespondenzen und Berichten war in letzter Zeit so groß, daß diese entweder in kleinerer Schrift erscheinen müssen oder aber eine Beilage gegeben werden muß. Betreffs der Bezahlung der Inserate ist eine Verbesserung zu konstatiren, jedoch waren wir nicht in der Lage, den Beschluß strikte durchzuführen, nur im Voraus bezahlte Inserate aufzunehmen, und so sind auch dieses Jahr einige Heftanten zu verzeichnen. Die Zahlstellen sollten in den Versammlungen darauf hinwirken, daß hier Abhilfe geschafft wird.

Der Hauptvorstand glaubt, daß er auch im verfloffenen Jahre seine Schuldigkeit gethan hat. Würde er in allen Fällen so unterstützt oder seine Bekanntmachungen zur Ausführung gebracht worden sein, als dies notwendig gewesen, er wäre seiner Aufgabe besser gerecht geworden. Das verfloffene Geschäftsjahr kann wiederum als ein erfreuliches bezeichnet werden und geben wir schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß der Verbandstag die noch vorhandenen Fehler und Mängel beseitigt und den Verband dadurch abermals einen bedeutenden Schritt vorwärts bringt.

Hierzu erhält zunächst das Wort Kollege Verbands-Vorsitzender Wiehle-Hannover: Werthe Kollegen! Der gedruckte Bericht des Hauptverbandes, welcher vorliegt, besagt im Wesentlichen alles, was der Hauptvorstand dem Delegirtenstage mitzutheilen hat. Der Verband hat sich erfreulicherweise auch dieses Jahr wieder um 1800 Mitglieder vermehrt. Die Zahlstellen sind von 51 auf 70 gestiegen. Der vorjährige Verbandstag hat sich dahin ausgesprochen, daß die kostspieligen weiten Agitationstouren unterbleiben möchten. Dies auszuführen, ist durch die verschiedenen Vereine resp. Mitglieder ziemlich illusorisch gemacht worden. Haben sich auch in den einzelnen Provinzen fähige Kollegen gefunden, in den Provinzen, in denen sie ihren Wohnsitz haben, zu agitiren, so hat man doch immer und immer wieder dem Personellmangel geschuldigt und nach dem Verbands-Vorsitzenden verlangt. Da das Arbeitspensum, welches der Hauptvorstand zu erledigen hat, ein riesiges ist, so ist es am Platze, sich mit der Aufstellung einer Hilfskraft, welche dann ebenfalls an der Agitation teilnehmen kann, zu beschäftigen. Die Einnahmen haben sich auch in diesem Jahre wiederum vermehrt. Bei dieser Gelegenheit sei auf die Pflichten der Zahlstellen- und Zweigvereinsvorstände in bezug auf Einwendung der Gelder und der Ausführung der Abrechnungsformulare hingewiesen. Schon lange Zeit ist darauf hingewiesen, daß keine Gelder ohne ganz genaue Angabe des Zwecks einzusenden seien. Immer und immer wieder laufen Gelder ohne Angabe des Zwecks ein, welche dann nicht gebucht werden, sondern zurückgestellt werden müssen, bis von der betreffenden Zahlstelle Nachricht eingelaufen ist, was oft sehr lange Zeit in Anspruch nimmt. Die Ausfüllung der Abrechnungsformulare läßt sehr viel zu wünschen übrig, nur einzelne Zahlstellen kommen ihrer Pflicht in dieser Beziehung nach. Nach Beschluß des Verbandstages sollen die Inserate vorher bezahlt werden, auch dies war nicht durchführbar. Die restirenden Beiträge zur Generalkommission sind entrichtet, sodas der Verband der Generalkommission nichts mehr schuldet. Betreffs der Manuogelder sei darauf hingewiesen, daß fast alle Kassierer von Gewerkschaften Manuogelder erhalten der Vorstand des Brauerverbandes aber nicht. Da dem Hauptkassierer sehr viele Unkosten erwachsen, so ist dies unbedingt nöthig. Die Delegirten werden nun ersucht, sich über die Thätigkeit des Hauptvorstandes genau auszusprechen, damit Fehler fernerhin so viel wie möglich vermieden werden können.

Die Mandatsprüfungs-Kommission hat ihre Arbeiten beendet und erstattet folgenden Bericht: 26 Mandate sind für gültig erklärt, 3 beanstandet. Der Kollege Kreuzer-Kiel wird durch Beschluß des Verbandstages beauftragt, sein Mandat telegraphisch ans Kiel herbeizuschaffen. Die Beanstandung des Mandats des Kollegen Schindt-Nürnberg erklärt sich dadurch, daß die betreffende Zahlstelle den Vornamen falsch gesetzt hat. Das Mandat wird gültig erklärt, ebenso das des Kollegen Stöcklein-Chemnitz.

Es wird in die Generaldiskussion des Berichts des Hauptvorstandes eingetreten.
Schmuck-Karlsruhe kritisiert die Nachlässigkeit verschiedener Zahlstellen, welche mehrere Quartals-Beiträge schulden. Eine ständige Hilfskraft soll angestellt, event. der Kassierposten vom Vorsitz getrennt werden. Die Interate sollen auf alle Fälle pränumerando bezahlt werden.

Leithner-Mürnberg ist ebenfalls dafür, die Zahlstellen zu ernennen, plunkfischer abzurechnen.
Wolf-Mainz: Zur Entlastung des Hauptvorstandes wird es sich vielleicht empfehlen, gute Kräfte aus anderen Gewerkschaften herbeizuziehen. Auch möge man die fähigen gemäßigten Kollegen berücksichtigen. Bei Gründung neuer Zahlstellen soll die nächstgelegene Zahlstelle die nötige Anleitung geben.

Frischling-Dresden erkennt die Arbeitslast des Hauptvorstandes an, glaubt aber, es sei schwer, fähige Kollegen zur Agitation zu finden. Die Gemäßigten seien, soweit fähig, zu berücksichtigen. Die Abrechnung in den Großstädten sei oft mit Schwierigkeiten verknüpft. Interate sind im Voraus zu bezahlen. Wiehle habe auf dem vorjährigen Verbandstage selbst auf Manfogseld verzichtet. Wenn Zahlstellen- und Zweigvereinsvorstände keine Manfogselder erhalten, lehne er den Antrag auf Zahlung von Manfogseldern ab.

Brandt-Hannover beklagt die nachlässige Abrechnung. Interate sollen im Voraus bezahlt werden. Die Arbeit des Hauptvorstandes ist rieflich angewachsen durch die Erledigung von Unfalls- und Rechtsfragen, daher ist eine Hilfskraft unbedingt nötig.
Gerhards-München spricht sich im Sinne Frischling-Dresdens aus. Die Agitation durch Genossen aus anderen Gewerkschaften kommt zu teuer und haben die Kollegen zu einem Defizit von vier bis fünf Mark.

Schmidt-Mürnberg beantragt die Abrechnung, weil nicht spezifiziert, besonders die des Rechtschubes. Bei größerer Vorsicht der Kollegen in Wort und Schrift würden die Rechtschubkosten niedriger sein. Das Manfogseld ist zu bewilligen.
Staudenmeyer-Frankfurt a. M. ist zufrieden mit der Agitationsfähigkeit des Hauptvorstandes. Das Manfogseld soll bewilligt werden. Ebenso sollen die Interate im Voraus bezahlt werden.

In diesem Sinne sprechen sich die Delegierten Weber-Andwagsbafen, Müller-Braunschweig und Richter-Berlin aus. Ein Schlussantrag wird angenommen.
Nachdem Wiehle im Schlusswort noch auf die Arbeitslast des Hauptvorstandes hingewiesen, bemerkt Meule-Stuttgart, daß die Angriffe auf Wiehle seitens Schmidt-Mürnberg und Frischling-Dresden ihn sehr befeuert hätten.

Es erfolgt der Eintritt in die Spezialdebatte der zum Bericht des Hauptvorstandes gestellten Anträge.
Die Anträge 1 (Heilbronn) und 2 (Hannover) werden nicht unterstützt, dagegen 3 (Heilbronn) und 4 (Eisenach).
Antrag 2 fordert die ausgeschlossenen Mitglieder von Zeit zu Zeit zu veröffentlichen.

Wiehle-Hannover rüht ab, diese schwarze Liste den Unternehmern nachzugeben. Die ausgeschlossenen würden so wie so in dem Verhandlungsbericht veröffentlicht.
Eisenach-Mainz hält die Veröffentlichung für nötig.
Es geht ein Antrag Frischling ein, derselbe lautet:

„Der Hauptvorstand soll die ausgeschlossenen Mitglieder den Zahlstellen und Zweigvereinen mitteilen.“
Der eingegangene Antrag Wiehle fordert im umgekehrten Verhältnis, wie der Antrag Frischling befragt, zu verfahren.
Der Delegierte Schmidt-Mürnberg, Müller-Braunschweig, Gerhards-München und Deker-Besum plädieren für Ablehnung des Antrages Heilbronn unter Annahme der beiden Anträge Frischling-Dresden und Wiehle.

Nachdem Kollege Schmuck-Karlsruhe für den Antrag Heilbronn gesprochen, erklärt Richter-Berlin alle 3 Anträge für unannehmbar und weist auf das Verfahren des Zweigvereins Berlin hin, wo jedes neu aufzunehmende Mitglied gefragt wird, ob es schon im Verbande war. In zweifelhaften Fällen erfolgt dann eine Anfrage beim Hauptvorstand.
Frischling-Dresden begründet seinen Antrag nachträglich dahin, daß die Vorstände in der Lage sein müssen, etwaige unklare Elemente abzuwählen.

Nachdem noch Wiehle und Deker-Besum vor überwiegenem Anschlusse gewarnt, wurden die Anträge von Frischling und Wiehle, unter Ablehnung des Antrages 2 (Heilbronn), einstimmig angenommen.
Der Antrag 3 hat folgenden Wortlaut:

„Am laufenden Sommer eine Agitationstour von einem geeigneten Redner durch ganz Thüringen zu arrangieren, da an einzelnen Orten noch schauerhafte Zustände herrschen.“
Eisenach.

Wiehle hält es für selbstverständlich, daß diesem Antrag im nächsten Maße nachgegeben wird und stellt den Antrag, dem neuen Verbandsvorstand diesen Antrag als Material zu übergeben.
Der Antrag Wiehle findet einstimmige Annahme.
Schluß der Vormittags-Sitzung 12 1/2 Uhr.
Begrüßungs-Telegramme sind eingelaufen aus Karlsruhe, Hannover und Kassel.

1. Verhandlungstag (28. Mai). Nachmittags-Sitzung.
Um 12 1/2 Uhr wird die Sitzung in Anwesenheit aller Delegierten eröffnet.
Zu Punkt 1b: „Rassenbericht“, erhält Wiehle das Wort und verweist seinerseits auf den vorliegenden Bericht des Hauptvorstandes, dem er nichts hinzuzufügen habe.
Dieser in Druck vorliegende Bericht hat folgenden Wortlaut:

Abrechnung der Hauptkassse vom 1. April 1895 bis 31. März 1896.
Einnahme.
Kassenbestand am 1. April 1895 2365,68 Mk.
Beiträge und Gewinnscheine der Zahlstellen 23201,58 „
Gewinnscheine und Beiträge der Einzelmitglieder 3791,12 „
Für Interate und Abonnements 1633,16 „
Zusätzliche Einnahmen 82,21 „
Summa 26770,05 Mk.

Ausgabe.
Verwaltung (persönliche) 2730,00 Mk.
Verwaltung (sachliche) 1181,21 „
Für die „Arbeiter-Zeitung“ 6511,20 „
Für den Verbands-Verlag 2340,83 „
Für Agitation 5818,89 „
Poste für Verbands-Sachen 538,86 „
Zuschüsse an Zahlstellen zur Unterstützung 196,62 „
Druckkosten 655,60 „
Unterstützung an Gemäßigten 205,50 „
Für Rechtschub 991,91 „
An Anzeigen und Streifen 1013,55 „
Für Zeitungsartikel 209,15 „
An die General-Kommission 880,00 „
Neben des vorjährigen Verbandstages für eine Sitzung des Ausschusses mit dem Haupt-Vorstand 182,40 „
Gesandtschaften und Prozeduren 491,20 „
Druckkosten für den Mühlheimer Streit 53,50 „
Zusätzliche Ausgaben 90,80 „
Summa 27186,35 Mk.

Bilanz.

Einnahme	30670,05 Mk.
Ausgabe	27186,35 „
Bestand am 31. März 1896	3483,70 Mk.

Internationaler Unterstützungs-Fonds.

Von den Zahlstellen eingezahlt	1821,00 Mk.
Von den Einzelmitgliedern	182,90 „
Summa	2003,90 Mk.
Ausgabe	1742,11 „
Bestand am 31. März 1896	261,79 Mk.

Durch Beschluß des Hauptvorstandes und im Einverständnis mit der National-Exekutive des Amerikanischen Brauereiarbeiter-Verbandes wird das Mehrporto, welches durch Versenden der Amerikanischen Brauer-Zeitung entsteht, sowie die Nachnahme für nachträgliche Verpackung der Zeitung seitens des Expeditionsgeschäftes in Bremen, von den Einnahmen in Abzug gebracht.

Freiwillige Beiträge.

Kassenbestand am 1. April 1895	110,63 Mk.
Vom 1. April 1895 bis 31. März 1896 Einnahme	2579,88 „
Summa	2690,51 Mk.
Ausgabe	2703,89 „
Fehlbetrag von	12,88 Mk.

Für die Wichtigkeit:

Die Revisoren: Der Hauptkassierer:
H. Pachaly. J. Krake. O. Just. H. Wiehle.

Folgende Beträge wurden von den einzelnen Zahlstellen in dem Geschäftsjahr 1895/96 an die Hauptkasse eingesandt:

	Allgemeine Beiträge	Internat. Unterstützungs-Fonds
Kalen	118,80 Mk.	2,70 Mk.
Altenburg	53,60 „	1,00 „
Arnstadt	52,70 „	3,70 „
Bischaffenburg	411,20 „	29,10 „
Barmen	300,00 „	12,40 „
Berlin	230,00 „	217,10 „
Berndorf	15,80 „	— „
Besum	495,85 „	35,90 „
Braunschweig	231,20 „	20,30 „
Bremerhaven	248,10 „	16,30 „
Breslau	— „	0,80 „
Bühlungen	103,80 „	4,30 „
Chemnitz	430,40 „	30,80 „
Dessau	76,50 „	2,00 „
Dortmund	348,40 „	51,30 „
Dresden	682,36 „	78,60 „
Duisburg	458,20 „	37,30 „
Düsseldorf	521,40 „	56,90 „
Eisenach	96,50 „	— „
Elsfeld	241,40 „	18,20 „
Erfurt	227,39 „	20,50 „
Essen a. d. Ruhr	312,55 „	24,70 „
Esslingen	176,30 „	6,80 „
Henssburg	149,40 „	13,10 „
Hannover a. M.	3531,85 „	281,00 „
Heilbronn	132,10 „	— „
Hildesheim	60,20 „	7,10 „
Hirsch	180,00 „	21,70 „
Hera	162,60 „	8,40 „
Hessen	175,50 „	11,20 „
Heppingen	— „	0,70 „
Hagen i. W.	79,20 „	1,60 „
Halberstadt	110,37 „	6,50 „
Halle a. S.	269,30 „	10,90 „
Hamburg	514,10 „	60,20 „
Hannau	182,80 „	21,70 „
Hannover	199,10 „	15,90 „
Hannover	1602,00 „	181,40 „
Hannover	52,40 „	2,40 „
Heilbronn	217,80 „	17,80 „
Heidelberg	118,29 „	20,20 „
Hildesheim	87,80 „	7,50 „
Hilfswärtern	122,30 „	3,70 „
Karlsruhe	456,15 „	21,60 „
Kassel	505,00 „	24,20 „
Kiel	247,50 „	20,90 „
Koblenz	30,40 „	— „
Köln a. Rh.	251,50 „	3,40 „
Korbshut	326,60 „	12,60 „
Leipzig	136,65 „	15,90 „
Leipzig	21,58 „	— „
Ludwigsburg	51,20 „	— „
Ludwigshafen	123,60 „	5,90 „
Mittel	118,19 „	14,60 „
Mainz	271,00 „	4,50 „
Mannheim	370,00 „	49,00 „
Mühlheim a. Rh.	288,87 „	17,00 „
Mühlheim a. d. Ruhr	— „	9,90 „
München	2905,10 „	63,47 „
Mürnberg	640,19 „	23,00 „
Neumünster	40,70 „	0,90 „
Niederdorf	17,78 „	— „
Nürnberg	— „	2,10 „
Peine	130,80 „	9,00 „
Pforzheim	14,00 „	2,80 „
Pflanzen	8,30 „	— „
Saarn h. Mühlheim a. Ruhr	67,20 „	— „
Schwelmigen	47,20 „	5,90 „
Selmigen	11,19 „	— „
Spreyer	255,60 „	— „
Stalldorf	35,40 „	— „
Stettin	103,80 „	27,00 „
Stuttgart	1720,77 „	111,80 „
Teichentz	72,60 „	— „
Trautwein-Reichenhall	129,70 „	— „
Tübingen	32,62 „	— „
Ulm	— „	0,70 „
Wiesbaden	— „	— „
Würzburg	53,20 „	— „
Zeit	20,80 „	— „
Zwidau	61,60 „	1,90 „

Wagemann-Mannheim erstattet hierauf Namens der gewählten Kassenscheine Bericht. Kasse und Bücher seien in vorzüglicher Ordnung und beantrage er dem Wolf-Mainz die geliebten 200 Mk. und die von Appel-Hamburg geschwundenen noch rückständigen 250 Mk. ebenfalls zu streichen.

Deker-Besum meint, man möge lieber in Fällen, wo die betreffenden Anleiher sich in wirklich bedürftiger Lage befänden, die Rückzahlung erlassen.
Nachdem auch Wiehle ebenfalls noch die Streichung der rückständigen Gelder empfohlen, wird der Antrag der Kassenscheine dem Hauptkassierer Decharge zu erteilen und den Kollegen Wolf

die 200 Mk. als Unterstützung einzurechnen, ebenso die in Frage kommenden 250 Mk. zu streichen, einstimmig angenommen.

Bei Punkt 1c der Tagesordnung: „Presse“, führt Wiehle aus, daß das Organ des Verbandes in der Zukunft noch besser ausgestattet werden müsse, die Berichte der Zahlstellen müßten besser und kürzer gebracht werden, um dem Redakteur die Arbeit zu erleichtern, ebenso müßten die Einlenker und Verfasser von Artikeln und Berichten sich streng der Wahrheit befleißigen. Man könne dem Redakteur nicht zumuthen, die Verantwortung überall zu tragen. Auch könnte, um Geld und Zeit zu sparen, die Expedition vereinfacht werden, daß man nach den meisten Orten die Zeitungen an eine Adresse richte, ebenso sei es notwendig, die Expedition der Zeitung an die Einzelmitglieder zu regeln.
Hierauf wird in die Spezial-Debatte über den Punkt: „Presse“ eingetreten.

Die Anträge 5, 6, 7 und 10 finden genügende Unterstützung und wird in eine Beratung darüber eingetreten.
Frischling-Dresden rügt die vielen schlecht verfaßten, früher zum Theil von dem Kollegen Schmidt geschriebenen Artikel in der Zeitung. Damit agitieren wir nicht für uns, sondern das Umgekehrte sei der Fall. Verwerflich seien auch und müßten in Zukunft unterbleiben die Schimpfereien über Personen als Vorderbrücken, Braumeister u. s. w. Eine Umänderung des Titels der Verbands-Zeitung halte er absolut nicht für zweckmäßig, da sich noch viel Kollegen an das Wort „Arbeiter“ hängen und es auch nicht gut sei, alljährlich daran zu nörgeln, er hoffe, daß es nicht mehr allzulange währen möge, daß die Organe der Brauer und Böttcher verschmolzen würden.

Mit Frischling-Dresden erklärt sich Kreuzer-Kiel einverstanden, auch in Amerika existire das Verbandsorgan unter demselben Titel.
Gerhards-München meint, daß es wohl nicht gut sei, die Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Brauereien und Orten in der Zeitung bloßzustellen. Nebner führt noch unter anderem aus, daß die doch gewiß große Expedition der Zeitung in München eine geregelte sei und erklärt sich schließlich gegen Umänderung des Zeitungskopfes.

Schmuck-Karlsruhe tadelt die langen Berichte verschiedener Zahlstellen wie die der Hambräuer und sagt, daß er beauftragt sei, für Umänderung des Zeitungstitels zu stimmen.
Klein-Hamburg erklärt, daß es notwendig sei, durch die vollständigen Versammlungsberichte in Organ die sämtlichen Verbandsmitglieder von den jeweiligen verschiedenen Vorkommnissen in Kenntniß zu setzen; ebenso müßten die Versammlungsanzeigen betreffs Veröffentlichung der Tagesordnung beibehalten werden, dies göge die Kollegen in die Versammlungen. Nachdem Nebner noch für Nichtignorierung der sogenannten Bundesstellen in unserer Zeitung gesprochen, meint er, daß die Zeit zur Verfeinerung der beiden schon erwähnten Verbandsorgane noch nicht gekommen sei.

Schmidt-Mürnberg verwahrt sich gegen die Angriffe Frischling-Dresdens, daß seine Artikel nichts getaugt hätten, der Redakteur hätte sie sonst nicht aufgenommen. Er sei der Meinung, daß das Verbandsorgan dazu da sei, Mißstände in den Brauereien aufzuweisen und so die Deffenlichkeit damit zu beschäftigen.
Nachdem K. Loebel-Elsfeld sich für Umänderung des Zeitungskopfes ausgesprochen hat, wird ein Antrag Wichle-Düsseldorf, eine 3-köpfige Kommission zur Formulierung eines Preis-Reglements zu wählen, abgelehnt.

Richter-Berlin berichtet als Mitglied der Preis-Kommission, daß viele Artikel zurückgestellt werden müßten, weil sie zur Veröffentlichung nicht geeignet gewesen seien. Sonst sei die Preis-Kommission wenig in Thätigkeit, meistens nur in Sachen, die sie von Hannover hätten überwiegen bekommen.
Deker-Besum verteidigt die von Schmidt verfaßten Artikel, er halte sie für ganz gut verfaßt und wirtschaftlich gehalten.

Nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte wendet sich Wiehle im Schlusswort gegen die Angriffe auf die Redaktion und die verschiedenen Zeitungsartikel. Nebner ist für Beibehaltung des jetzigen Zeitungstitels und verweist auf verschiedene andere Gewerkschaftsbüchlein.
Hierauf gelangt folgender von Klein-Hamburg eingebrachter Antrag zur Annahme:

„Zu Erwägung, daß die Veränderung des Titels des Verbandsorgans nicht rascham ist und Unkosten bereitet und in weiterer Erwägung, daß durch diese Veränderung der Beweis nicht erbracht sei, daß wir dadurch mehr Mitglieder bekommen, so beantrage ich den Kopf der Zeitung in der jetzigen Form beizubehalten, die Korrespondenzen in kleinem Druck erscheinen zu lassen und die Bolemit gegen die Bundeszeitung möglichst einzustellen. Dadurch würde für wissenschaftliche Artikel mehr Raum geschaffen.“

Damit sind sämtliche darauf bezügliche Anträge gefallen.
Richter berichtet hierauf über die Thätigkeit des Ausschusses, der ja auch als Preis- und Rechtschubkommission funktionirt und in Folge dessen mit Arbeit überlastet sei. Der Ausschuss habe viele Sitzungen abgehalten und sich oft mit recht widerwärtigen und kleintlichen Angelegenheiten befassen müssen, die ganz gut in den einzelnen Zahlstellen hätten geregelt werden können. Er befürwortet, um eine Entlastung des Ausschusses herbei zu führen, eine Trennung der verschiedenen Kommissionen in verschiedene Orte.

In der Diskussion plädirt Graf-Hannover für Beibehaltung des Ausschusses, ebenso Frischling. Letzterer ist für etwaige Unkosten-Entschädigung bereit.
Wiehle hält es für besser, wenn die verschiedenen Akten in Prozessen der Rechtschubkommission eingesandt würden und daß man nicht nur Gelder um Gelder beanspruche. Rechtschubkommission und Ausschuss müßten sehr oft zusammenarbeiten, da immer die Geldfrage in Betracht komme; dagegen könne die Preis-Kommission einzeln bestehen, damit sie immer gleich bei der Hand sei.

Darauf wird die Debatte geschlossen.
Auf Antrag Wiehle bewilligt der Kongress einstimmig als Zeichen der Solidarität den streifenden Schächlern noch 300 Mk. 200 Mk. hat der Hauptvorstand bereits bewilligt.
Nach Verlesung eingegangener Telegramme von den Kollegen der Bergschloßbrauerei Elsfeld, der Lindener Alt-Brauerei Hannover, der Brauerei Schrobsdorf Elsfeld, des Zweigvereins Hamburg und der vereinigten Brauer, Böttcher und Hilfsarbeiter Wien wird die Sitzung geschlossen.

2. Verhandlungstag (29. Mai). Vormittags-Sitzung.
Die Sitzung wird unter Anwesenheit sämtlicher Delegierten Vormittags 9 1/2 Uhr eröffnet.
Zunächst wird mitgeteilt, daß die telegraphische Bestätigung des Mandats Kreuzer von Kiel eingetroffen sei.
Ferner sind Begrüßungs-Telegramme eingegangen und zwar von den Kollegen der Brauerei Wöhl-Stuttgart, von der Gewerkschaft der Bierbrauer Steiermarkts und von den Kollegen Voigt und Stoeckel.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.
Der Antrag Krieg-Berlin zu § 3 findet die genügende Unterstützung, ebenso die Resolution Klein.
Hobapp-Berlin begründet den Antrag Krieg und ersucht denselben anzunehmen. Für Berlin ist es notwendig, wenn wir die Hilfsarbeiter zu uns haben wollen, daß denselben Gelegenheit gegeben werde, mit ihren bestehenden Vereinen als Sektionen dem Verbands beizutreten.

Wiehle spricht in gleichem Sinne und ersucht die Anträge einstimmig anzunehmen.
Meule-Stuttgart ist für Annahme der Resolution Klein.
Heymann-Kassel spricht sich gegen die Anträge aus und wünscht eine Beibehaltung der bisherigen Form des Statuts. Er befürchtet, daß durch Bildung der Sektionen eine Zersplitterung entsteht.

Klein-Hamburg theilt mit, daß ihnen trotz größter Mühe eine Gewinnung der Hilfsarbeiter in ihre Organisation nicht gelungen ist und glaubt, daß, wenn den Hilfsarbeitern die Gelegenheit geboten ist, sich unter sich zu organisieren und trotzdem dem Verband als Mitglieder angehören zu können, wir die Hilfsarbeiter für uns gewinnen können, außerdem habe seine Resolution den Vortheil, nicht wie der Antrag Krieg, keine Statutenänderung nöthig zu machen.

Frischling-Dresden spricht für den Antrag Klein und glaubt, daß man durch Annahme dieses Antrages in Dresden die Jahreshauptversammlung durch eine eigene Sektion zur Organisation beugen könnte.

Nichter-Berlin ist für Aufnahme der jetzt bestehenden Hilfsarbeitervereine als Sektionen zum Verbandsverband, selbstverständlich hätten auch diese Sektionen die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Verbandsmitglieder.

Nachdem noch die Kollegen Graf-Hannover, Wichele, Kreuzer-Kiel, Müller-Braunschweig, Schmutz-Karlsruhe, Klein-Hamburg, Wolf-Mainz, Klösel-Elberfeld, Gerhards-München, Schmidt-Münster, Brand-Hannover, Heymann-Kassel, Leithner-Münsterberg, Straubenmeyer-Frankfurt a. M. und Jacobs-Erfurt in dieser Sache zum Theil für, zum Theil gegen Sektionen gesprochen hatten, wird der Antrag Krieg-Berlin abgelehnt.

Die Resolution Klein wird in folgender Fassung angenommen: „In Erwägung, daß in einzelnen Städten das Verhältnis zwischen den Brauereien und Hilfsarbeitern ein sehr gespanntes ist und deshalb das Zusammengehen der Beiden sehr erschwert wird, so empfiehlt der Verbandstag, daß dort, wo ein Zusammengehen schwer hält, die Hilfsarbeiter sich selbst organisieren und als Sektion dem Verbandsverband beitreten sollen.“

Der Antrag 31 zu § 4 b findet keine Unterstützung. Zu § 6 finden die Anträge 15 (Kiel) und 19 (Hamburg) keine Unterstützung, ebenso die zweite Hälfte des Antrages 14 (Chemnitz).

Der Antrag Hagen zu § 6 findet ebenfalls keine Unterstützung. Zur Diskussion kommen die Anträge 14 (erster Theil), 17 (Hamburg), 26 (Dortmund), 29 (Mainz).

Stöcklein begründet den Antrag Chemnitz und glaubt, daß für die von ihm vertretenen Mitglieder eine Erhöhung der Beiträge nicht gut möglich ist.

Klein-Hamburg vertritt die Ansicht, daß Mitglieder, welche monatelang arbeitslos sind, andererseits aber oft sich nicht getrauen, den Antrag zu stellen, die Beiträge zu erlassen, sondern sich eher wieder frisch aufnehmen lassen und in Folge dessen wieder auf ein ganzes Jahr der Unterstützung verlustig gehen, deswegen sollte denselben der Beitrag von selber erlassen werden.

Decker-Dortmund begründet den Antrag 26 und wünscht die Annahme dieses Antrages.

Klösel-Elberfeld stellt die Anfrage, ob aus Verbandsmitteln nicht eine Unterstützung der Agitationskommission möglich ist. Hodapp-Berlin spricht für die Annahme beider Anträge.

Gerhards-München empfiehlt die Annahme des Antrages Hamburg.

Wichele tritt für die Ablehnung beider Anträge ein.

Wolf-Mainz ist für die Anträge.

Graf-Hannover für die Beibehaltung der jetzigen Form.

Weber-Ludwigshafen ebenfalls dafür.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages Hamburg und bleibt § 6, Absatz 2 unseres Statuts bestehen.

Die Anträge 26 (Mainz) und 29 (Dortmund), welche identisch sind, werden angenommen. § 6 Absatz 4 erhält in Folge dessen folgende Fassung:

„Mitglieder, welche vom Militär entlassen werden, treten in ihr altes Verhältnis zum Verband, wenn sie sich 14 Tage nach Erlangung von Arbeit bei der nächsten Zahlstelle melden.“

Zu § 7 finden die Anträge 11 (Bochum), 27 (Dortmund), 28 (Dortmund), 30 (Braunschweig) und 33 (Düsseldorf) nicht die genügende Unterstützung.

Der Antrag 17 (Kiel) wird zurückgezogen.

Der Antrag 18 (Karlsruhe), welcher identisch mit dem Antrag 31 (Hanau a. M.) ist, wird ohne Debatte angenommen.

„Mitglieder, welche sich bei ihrer Abreise nicht melden, gehen ihrer Unterstützung verlustig.“

Die Anträge Nr. 25 (Dortmund) und Nr. 32 (Hanau a. M.) werden diskutiert.

Decker-Dortmund meint, Einzelmitglieder sollen, wo es geht, wegen der Unkosten vermieden werden.

Nichter-Berlin spricht für Nicht-Dulden von Einzelmitgliedern in Orten, wo Zahlstellen sind.

Heymann-Kassel, Gerhards-München und Meule-Stuttgart sprechen in gleichem Sinne.

Schmidt-Münsterberg stellt folgenden Zusatzantrag:

„Einzelmitglieder, welche in der Nähe von Orten sind, wo Zahlstellen sich befinden, haben sich denselben anzuschließen.“

Wichele befürwortet, nur den ersten Theil der Anträge anzunehmen und nicht in der Sache zu weit zu gehen, da es thätig Mitglieder gebe, denen es in Folge ihrer Stellung nicht möglich ist, der Zahlstelle beizutreten. Uebrigens werde der Hauptvorstand nach Annahme des von ihm befürworteten Theils der Anträge schon selbst Sorge tragen, Einzelmitglieder so viel wie möglich zu vermeiden.

Wittmann-München, Decker-Dortmund, Wolf-Mainz, Stöcklein-Dresden und Nichter-Berlin betheiligen sich noch an der Debatte.

Hierauf wird der Antrag in folgender Fassung angenommen:

„Die Einzel-Mitglieder, welche sich an einem Orte befinden, wo eine Zahlstelle ist, oder sich eine solche in der Nähe befindet, haben sich der betreffenden Zahlstelle anzuschließen. Ausgenommen sind nur solche Mitglieder, welche durch ihre Stellung nicht öffentlich auftreten können.“

Der Antrag 20 (Hamburg) zu § 13 findet nicht die genügende Unterstützung.

Die Anträge 12 (Bochum), 13 (Bochum), 22 (München) und Dortmund, 23 (Frankfurt a. M.) und 24 (Mainz) zu § 15 werden debattirt. Die Ausführungen fast sämtlicher Redner gingen dahin, daß es sehr gut möglich sei, den Verbandstag nur alle 2 Jahre abzuhalten, um das Geld, welches hierdurch gespart wird, zur Agitation und zur Anstellung einer Hilfssektion zu verwenden.

In der Debatte betheiligten sich die Delegirten Decker, Riehl, Gerhards, Kreuzer, Hodapp, Wichele, Nichter, Wagemann, Klein, Heymann, Graf, Müller, Wolf und Weber.

Die Anträge fanden zusammengefaßt in folgender Form Annahme:

„Die Verbandstage finden alle zwei Jahre statt, jedoch ist der Hauptvorstand und Ausschuß verpflichtet, wenn durch eine Abstimmung der Mitglieder die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages verlangt wird, diesen stattzugeben. Für die Jahre, wo kein Verbandstag stattfindet, findet eine Revision der Verbandskasse durch eine dreiköpfige Kommission statt, welche in der Weise wie die letzten Delegirten zum Gewerkschaftskongress gewählt werden soll.“

Der Antrag 21 (Hannover) wird ohne Debatte genehmigt und hat folgenden Wortlaut:

„Bei Abreise und Austritt eines Mitgliedes sind die Zahlstellen nicht verpflichtet, das Mitgliedsbuch länger als 3 Monate aufzubewahren und gilt dasselbe für erloschen, sofern sich das Mitglied nicht abmeldet und die Zahlstelle oder den Hauptvorstand mit der Aufbewahrung beauftragt hat.“

Die Anträge zum Streit-Reglement — Antrag 35 (Hamburg), 36 (Hamburg), 38 und 39 (Hannover und Hildesheim) — kommen zur Diskussion.

Antrag 37 wird zurückgestellt.

Schmutz-Karlsruhe spricht gegen Extra-Unterstützung der Kinder, für Streifenmarken ist derselbe nur in gewisser Einschränkung.

Frischling-Dresden tritt für Beibehaltung der Sammellisten ein.

Gerhards-München tritt für den Antrag Hamburg, betreffs Unterstützung der Kinder und für Streifenmarken ein.

Wichele erfaßt, den Antrag Hamburg, den § 8 ganz zu streichen, abzulehnen. Für Streifenmarken ist derselbe, da dadurch jedem Hilfsarbeiter ein Damm gesetzt werde Sammellisten hätten sich überlebt.

Weber spricht in ähnlichem Sinne.

Decker ist für Beibehaltung von Sammellisten. Er glaubt, daß Streifenmarken Mißmuß hervorrufen und ist nicht für Ansammlung eines Fonds. Zu § 8 beantragt er, das Wort „unbedingt“ zu streichen.

Brandt-Hannover ist für Annahme der Gründung eines Streifenfonds.

Die Debatte wird wegen der Mittagspause unterbrochen.

Zuvor wird jedoch noch beschlossen, das Protokoll, wie voriges Jahr, in der Zeitung zu veröffentlichen. Außerdem soll auch eine Anzahl Protokolle in Broschürenform erscheinen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr.

2. Verhandlungstag (29. Mai). Nachmittags-Sitzung.

Der Schriftführer Brandt verliest das Protokoll von der Nachmittagsitzung am 28. Mai und stellt darauf den Antrag, 2 weitere Schriftführer zu wählen.

Hodapp spricht dafür und Meule dagegen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Frischling stellt den Antrag, den nichtanwesenden Delegirten eine Mütze zu ertheilen.

Graf-Hannover spricht zu den Anträgen 35, 36, 38 und 39.

Kreuzer-Kiel plaidirt für Streifenmarken zum Ansameln eines Streifenfonds.

Stöcklein-Weipia ist ebenfalls dafür, aber es sei schwer praktisch durchzuführen, § 8 zu streichen. Es müßten ebenfalls auch die Indifferenten im Streifenfall unterstützt werden.

Ahniß beantragt folgendes Amendement zu Antrag 35: „und jedes Kind, welches nicht verdient, 1,50 Mk. pro Woche.“

Der Antragsteller begründet seinen Antrag, erklärt sich aber für Streifenmarken.

Jakobs-Erfurt ist gegen Streifenmarken.

Schmidt-Münsterberg ist für Ansameln eines Streifenfonds, dasselbe müsse jedoch freiwillig geschehen. Ferner erklärt er sich auch für Unterstützung von Kindern.

Meule-Stuttgart hält 14 Mk. für einen verheiratheten Kollegen für genügend, jedoch solle man der Zahlstelle freie Hand bei solchen lassen, welche nothdürftig sind. Es empfiehlt sich Streifenmarken zu höchstens 10—15 Pfg., aber nicht zu 50 Pfg. auszugeben. Redner bittet die Anträge so anzunehmen, wie die meisten Kollegen sie befürwortet haben.

Frischling ist gegen Entschädigung von Kindern und gegen Streifenmarken.

Klein: Die Delegirten sind schlecht mit den Intentionen ihrer Auftraggeber vertraut. Redner tritt für Streichung des § 8 des Streitreglements ein und erklärt sich für den Antrag auf Schaffung eines Streifenfonds.

Nichter ist für freiwillige, nicht statutarisch eingeführte Marken. Im großen handle es sich nur darum, ob Geld vorhanden sei oder nicht.

Wagemann tritt für Marken als Quittung auf Sammellisten ein.

Heymann verzichtet aufs Wort, da das, was er sagen wolle, bereits angeführt sei.

Vom Vorliegenden wurde den 8 fehlenden Delegirten eine Mütze ertheilt.

Riehl ist gegen Streifenmarken, dieselben seien an verschiedenen Orten nicht durchführbar.

Müller-Stuttgart ist gegen Streifenmarken.

Müller-Braunschweig ist gegen die Einführung der Kindesunterstützung ebenso gegen Einführung von Streifenmarken, denn die Brauer hätten sich stets solidarisch gezeigt.

Graf-Hannover spricht zur Geschäftsordnung über die Abstimmung.

Stöcklein vertheidigt seine Mandatgeber.

Mittlerweile ist noch folgender Antrag eingegangen:

„Die gezeichneten Gelder auf Sammellisten durch Streifenmarken zu quittieren, damit die Mitglieder überzeugt sind, daß eine Kontrolle von Seiten des Hauptvorstandes besteht, auch sind die Zweigvereinsvorstände berechtigt, fortwährend dieselben anzusehen.“

Wagemann und Frischling.

Es erfolgt die Abstimmung.

Antrag 35 wird abgelehnt, dagegen Antrag 36 angenommen. Gestrichen ist somit § 8 des Streitreglements, welcher beinahe ausschließlich folgendermaßen lautet:

„Den Anordnungen des Zentralvorstandes ist unbedingt Folge zu leisten. Die Unterstützung in § 6 des Streitreglements wird nur in der Dauer von vier Wochen ansagezahlt.“

Der Antrag 38, welcher die Errichtung eines Streifenfonds durch Einführung von Streifenmarken erfordert, wird angenommen. Da verschiedene Delegirte erklärten, im Unklaren zu sein, wurde zu einer zweiten Abstimmung geschritten, bei welcher Antrag 38 abgelehnt wird.

Die Anträge Wagemann und Frischling werden abgelehnt.

Der Antrag 39 wird angenommen. Derselbe lautet:

„Den Hauptvorstand zu ermächtigen, bei Streiks oder Ausperrungen eine Extrastener zu erheben, um dadurch eine gleichmäßige Belastung und auch Unterstützung zu erzielen. Die Höhe richtet sich nach der Zahl der zu unterstützenden und wird derselbe vom Hauptvorstand bestimmt. Die Quittung erfolgt durch Marken in den betreffenden Monatsrubriken.“

Hannover und Hildesheim.

Der Antrag 38 wird darauf in folgender Fassung angenommen:

„Errichtung eines Streifenfonds durch Sammlung freiwilliger Beiträge auf Sammellisten.“

Punkt 4 der Tagesordnung: „Eröffnet die Gründung einer Kranken-Zuschußkasse ratsam?“

Der Antrag 40 (Wormen), welcher Errichtung einer Krankenkasse anstrebt, wird nicht unterstützt, ebenso findet Antrag 41 (Wunderlich-Kiel), eine Krankenzuschußkasse zu gründen, keine Unterstützung. Darauf werden die Anträge 41, 42 und 43 zur Diskussion gestellt.

Brandt-Hannover begründet seinen Antrag, dadurch erlebte sich die Begründung des Antrages Hanau durch den Kollegen Heymann.

Klösel-Elberfeld tritt für Gründung einer Krankenzuschußkasse ein.

Meule ist gegen Einführung einer solchen Krankenkasse und rath, dieselbe den einzelnen Zahlstellen zu überlassen.

Frischling ist für eine freiwillige Unterstützungskasse; die Bundesgesellen hätten bereits eine solche. Es würde aber zu lange dauern, ehe man Augen davon habe.

Gerhards schließt sich den Ausführungen Meule's an. Es sei besser, seiner Meinung nach, eine solche nicht zu führen.

Von Klein ist folgende Resolution eingelaufen:

„In Erwägung, daß die Arbeitslosigkeit größer wird und länger andauernd ist, und der Verband ohne Erhöhung der Beiträge nicht in der Lage ist, höhere Unterstützung zu zahlen,

so empfiehlt der Verbandstag den Zweigvereinen und Zahlstellen, eine Arbeitslosen- und Krankenzuschußkasse zu gründen, um das Geld unter den Arbeitslosen zu vertheilen.“

Die Resolution wird jedoch von Klein wieder zurückgezogen.

Wichele spricht für Gründung solcher Zuschußkassen in den Zweigvereinen. Es sei das ein Agitationsstoff, welcher wirke.

Meule plaidirt ebenfalls dafür, dies den Zahlstellen zu überlassen.

Müller-Braunschweig ist derselben Meinung wie Meule. In Braunschweig bestehe eine solche Kasse und man habe ganz gute Erfahrungen damit gemacht.

Schmidt-Wiesbaden. Es wäre besser, eine solche Kasse zu schaffen, denn verschiedene Klassen nehmen keine Brauer mehr auf.

Von Schmidt und Meule ist mittlerweile eine diesbezügliche Resolution eingebracht.

Hodapp ist für Annahme der Resolution Meule und Schmidt, sämtliche Krankenkassen würden in Zukunft unter Staatsaufsicht kommen, man solle das nicht übersehen.

Mainz ist gegen eine Kranken- und ebenso gegen eine Arbeitslosen-Zuschußkasse, man habe eine Kampfoorganisation. Weber ist gegen jede Krankenkasse; viele Mitglieder seien in der Wütherrasse.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste findet Annahme.

Riehl betont, jede Zuschußkasse ende mit einem Fiasko.

Brandt wendet sich gegen die Orte, wo bereits Zuschußkassen existiren. Eine Centralisation sei nothwendig, sonst könnten sich von kleineren Orten die Klassen nicht halten.

Decker: Das Prinzip sei schon durchführbar, aber der Verband würde solchales Fiasko machen. Die Kollegen müßten daher vorsichtig sein. Man könne andere Zuschußkassen in Anspruch nehmen.

Bei der Abstimmung werden sämtliche gedruckten Anträge abgelehnt.

Die Resolution Schmidt und Meule ist angenommen. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß durch die Leistungen der Ortskrankenkassen die erkrankten Kollegen vielfach nicht genügend entschädigt werden, empfiehlt der Verbandstag den Mitgliedern in den Orten, wo es möglich ist, Krankenzuschußkassen zu errichten. Ferner empfiehlt der Verbandstag, da die Arbeitslosigkeit immer andauernd wird, in den Orten, wo die Mitglieder es ratsam finden und auch das Opfer nicht scheuen, freiwillige Unterstützungskassen für Arbeitslosigkeit zu errichten.“

Schmidt und Meule.

Meule wendet sich in persönlicher Bemerkung gegen Brandt. Brandt bestreitet, daß er Meule zu nahe getreten sei.

Das von Wichele eingebrachte Zeitungsreglement wird angenommen.

Meule stellt den Geschäftsführungsantrag die heutige Versammlung 1/2 Stunde früher zu schließen.

Frischling spricht dagegen.

Der Antrag wird abgelehnt. Ebenso ist der Antrag betreffend Festsetzung des Zeitungsreglements abgelehnt.

Ueber die Abstimmung erhebt sich eine größere Debatte. Die Punkte 1—4 werden angenommen.

Wichele bittet, Punkt 5 anzunehmen, da eine Unmasse an Porto an verschiedene Wirthe, Krämer und dergleichen Kollegen, die außerhalb der Betriebe sind, verbraucht würde.

Wolff spricht dagegen.

Schmidt spricht im Sinne Wichele's, jedoch müssen an solche Kollegen, bei welchen Rücksicht zu üben sei, die Zeitung an ihre Adresse gesandt werden.

Frischling: Die Zeitungen sollen nur an eine Adresse gesandt werden.

Wagemann ist derselben Ansicht wie Frischling.

Ahniß ist ebenfalls derselben Ansicht, jedoch müsse jede Zahlstelle selbst wissen, wie die Sache am besten am Orte geregelt werden kann.

Heymann tritt für eine Sendung nach jedem Orte ein. Jeder könne sich die Zeitung dann bei dem Vertrauensmann abholen oder holen lassen, auch könnte dieselbe im Convent zugeschickt werden.

Wichele ist derselben Ansicht. Sonntags könne die Zeitung in den Händen der Empfänger sein.

Schmutz ist für regelmäßige Abholung, dieselben seien zu suchen nach Zahl und Namen der Brauer.

Decker verwahrt sich gegen den Vorwurf seitens des Vorstehenden. Bei der Abstimmung wird Punkt 5 angenommen.

Es wird in der Tagesordnung fortzufahren und zunächst zu Punkt 5: „Der 2. Deutsche Gewerkschaftskongress“ übergegangen.

Wichele als Referent schlägt zur Vertretung in der Generalkommission den Kollegen Döllinger in Hamburg vor. Derselbe werde den Verband aufs Beste vertreten.

Klein erfaßt die Kollegen ebenfalls, Döllinger mit diesem Amt zu betrauen.

Nichter ist ein Gegner der Generalkommission. Er hätte lieber dem Kollegen Klein das Mandat übertragen.

Klein lehnt eine Kandidatur ab.

Wichele tritt den Ausführungen Nichters entgegen. Es wäre besser, es würde mehr Statistik angearbeitet und zwar gewissenhaft, solche Statistiken hätten einen sehr großen Werth. Man solle alle Kollegen darüber aufklären.

Nichter erklärt sich jetzt mit den Ausführungen Wichele's einverstanden; nur sollten die Statistiken besser ausgefüllt werden als bei Hilpert.

Schmidt-Münsterberg will in den Statistiken das Lebensalter aufgeführt wissen u. s. w.

Bei der Abstimmung wurde Kollege Döllinger als Vertreter zur Generalkommission gewählt.

Hierauf wird zu Punkt 6: „Die Verkürzung der Arbeitszeit und das Bestreben der Brauerien, möglichst billige Arbeitskräfte einzuzufinden,“ geschritten.

Klein (Referent): Anstatt daß die Brauerien Brauer einstellen, stellen dieselben von Jahr zu Jahr mehr Hilfsarbeiter ein, weil dieselben billiger und länger arbeiten; z. B. ist es für Brauer fast ansichtslos, in Hamburg Arbeit zu bekommen. Wir sind uns klar, denselben Lohn für Hilfsarbeiter zu verlangen als für Brauer. Denn die Hilfsarbeiter können dieselbe Arbeit als die gelehrten Brauer verrichten, ja mancher Brauer leistet oft nicht die Arbeit wie ein Hilfsarbeiter. Welche Stellung nehmen wir nun zu diesem stetigen Anwachsen der Arbeiter? Wir haben als Fabrikarbeiter in den Brauereien darauf zu achten, daß der Lohn derselbe bleibt, wie wir ihn jetzt als Brauer erhalten. Referent ersucht zum Schluß, sich recht regen an der Diskussion zu betheiligen.

Nichter tritt den Ausführungen des Referenten bei.

Wagemann legt Verwahrung dagegen ein, daß Klein in die Befürchtung geäußert, die Delegirten wüßten am anderen Tage von seinem Vortrage nichts mehr.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

3. Verhandlungstag (30. Mai). Vormittags-Sitzung.

Es sind Begrüßungstelegramme eingelaufen aus Kassel, Teichendorf, Traunstein, Meß, sowie ein längeres Schreiben der amerikanischen Brauerienarbeiter-Union.

Zunächst steht zur Verhandlung der Fall Vogel contra Zweigverein Berlin.

Meule begründet den Kommissionsbeschuß, welcher dahin lautet, den Kollegen Vogel durch Beschluß des Verbandstages wieder in den Verband aufzunehmen.

Nachdem Hodapp und Nichter-Berlin sich dahin ausgesprochen, daß dem Kollegen Vogel anheimgegeben würde, sich in absehbarer Zeit wieder zur Aufnahme zu melden, wurde der Kommissionsbeschuß abgelehnt und folgender Antrag angenommen:

„Der 2. Deutsche Gewerkschaftskongress“

In Anbetracht, daß Vogel in nicht ganz berechtigter Weise vom Verband ausgeschlossen wurde, beschließt der Verbandstag, daß einer Wiederaufnahme des Kollegen Vogel nichts im Wege steht."

Hierauf kommt der Fall Wiche contra Schmidt-Münchberg zur Verhandlung.

Frißching begründet den Kommissionsbeschluss, den Kollegen Schmidt-Münchberg aus dem Verbande auszuschließen. Grund zu diesem Vorzuge habe derselbe durch brutale Beleidigungen gegen den Hauptvorstand und Vorsitzenden gegeben. Ebenso soll Schmidt für Trennung des Verbandes in einen nord- und süddeutschen Agilit haben.

Schmidt-Münchberg verwahrt sich energisch gegen den Vorwurf, eine Trennung des Verbandes herbeiführen zu wollen, da er selbst auf dem Standpunkt stehe, eine Trennung des Verbandes wolle dessen Ruin sein. Er giebt dann zu, in Briefen gegen Wiche etwas zu weit gegangen zu sein, habe dies aber in der Ausschließung in Hannover bereits zurückgenommen. Es seien dies überhaupt nur Beleidigungen persönlicher Natur gewesen.

Wiche-Hannover bestritt, daß es Beleidigungen gegeben seien. Der Vorwurf, einen süddeutschen Verband zu gründen, sei durch Briefe erwiesen. Für Ausschluß sei er trotzdem nicht.

Es geht die Resolution Klein-Hamburg ein, welche lautet: „Dem Kollegen Schmidt ist durch Verbandsstagsbeschluss eine Misse zu ertheilen und demselben der Vorfall des Vereins Münchberg zu entziehen und ihm ferner das Recht abzuspochen, innerhalb der nächsten 2 Jahre als Agitator zu fungiren oder ein Amt in unserer Gewerkschaft anzunehmen.“

Klein begründet die Resolution damit, daß die Zeit zur Prüfung dieser Angelegenheit eine zu kurze gewesen sei.

Schmidt-Münchberg wünscht lieber ausgeschlossen, als Mitglied 2. Klasse zu sein. Die Münchberger Kollegen würden sich durch die Annahme der Resolution Klein zurückgesetzt fühlen.

Frißching-Dresden zieht sich im Laufe der Debatte einen Ordnungsruf zu, wegen eines unpassenden Ausdrucks, den Kollegen Schmidt-Münchberg betreffend.

Gerhards-München bemerkt, daß Schmidt-Münchberg doch nicht so rein dasthe. Das Vertrauen der Münchener Kollegen zu Schmidt habe nachgelassen.

Schmidt-Münchberg beschuldigt Leithner-Münchberg, nachdem die Angelegenheit in Hannover geregelt gewesen sei, dieselbe wieder an die Öffentlichkeit gezogen zu haben.

Leithner-Münchberg verwahrt sich dagegen. Es wurde der Kommissionsbeschluss und die Resolution Klein abgelehnt und folgender Antrag Heymann angenommen:

„Stelle den Antrag, dem Kollegen Schmidt eine Misse zu ertheilen; ferner soll Kollege Schmidt heute öffentlich erklären, daß Kollege Wiche in keinerlei Weise für seine (Wiche's) eigenen Interessen gearbeitet hat. Sollte aber Schmidt von Neuem gegen den Verband handeln, so ist es Pflicht des Hauptvorstandes und des Ausschusses, Schmidt unbedingt nach dem heutigen Antrag der Kommission auszuschließen. Ebenso soll in gleichen Fällen bei anderen Personen gehandelt werden.“

Wiche hält die Rehabilitirung für genügend.

Schmidt-Münchberg erklärt, sich mit obigem Antrag zufrieden zu geben, trotzdem nicht ihm, sondern Leithner die Misse gebühre.

Es wird die gestern abgebrochene Debatte über Punkt 6 der Tagesordnung: „Die Arbeitszeitverfälschung“, fortgesetzt.

Die Anträge 45 bis incl. 48 finden Unterstützung. Hierzu geht die Resolution Wiche ein, welche lautet:

„In Erwägung, daß durch die schnelle Entwickelung des Brauereigewerbes zum Großbetrieb der handwerksmäßige Betrieb immer mehr und mehr verschwindet und dadurch die in jenen Betrieben beschäftigten Handwerker zu einem rein physischen Arbeitsheil herabgesunken und ihre in der Lehre erworbenen Kenntnisse nicht mehr verwerten können;

in weiterer Erwägung, daß die ungelernete Arbeitskraft billiger ist, die Brauerei-Unternehmer immer mehr bestrift sind, sich einen Zustand zu Rüge zu machen und die gelernte, theure Arbeitskraft zu verdrängen;

in weiterer Erwägung, daß diejenigen Arbeiter, ob gelernt oder ungelert, welche nicht zum Klassenbewußtsein erwacht sind und den Werth ihrer Arbeitskraft nicht kennen gelernt haben, sich als billige Arbeitskräfte erweisen;

erklärt der 10. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsangehöriger, daß durch diese stetig zunehmende Verwendung billiger Arbeitskräfte nicht nur die Existenz der gelernten Arbeiter, sondern auch die der bereits in den Brauereien beschäftigten Hilfsarbeiter gefährdet wird, da das immer größer werdende Angebot der gesammelten Reserve-Armee allein den Preis der Waare Arbeitskraft beeinträchtigt.

Aus diesen Gründen erklärt es der Verbandstag für die Pflicht aller in den Brauereien beschäftigten Arbeiter, durch Verhärtung der Arbeitszeit und durch Anstrengung eines möglichst embeulichen Minimallohnes nach dem Grundzuge: „Für gleiche Arbeit den gleichen Lohn“, die Lage aller Brauereiarbeiter zu verbessern und die Existenz derselben zu sichern.

Der Verbandstag weist ferner noch die Unterstellung, daß er dadurch die ungelerneten Arbeiter aus den Brauereien verdrängen wolle, zurück, indem er darauf hinweist, daß auch für die Hilfsarbeiter das Angebot der Arbeitskraft bestimmend ist.“

Wiche führt aus, daß das ehemalige Brauerhandwerk jetzt zur kleinsten physischen Fabrikarbeit herabgedrückt worden sei. Das sei hervorgerufen durch die Verbesserungen auf dem Gebiete der Brautechnik. Es ist jetzt nicht mehr erforderlich, ausschließlich gelehrte Arbeiter in Betrieben zu beschäftigen, sondern es werden immer mehr ungelernete Arbeiter eingestellt, weil dieselben billiger arbeiten, als gelehrte Brauer. Um eine Lohnverdrängung der organisierten gelehrten Arbeiter durch Einstellung billigerer Hilfskräfte zu verhindern, ist es nöthig, die Hilfsarbeiter zur Organisation herausziehen, um deren Löhne ebenfalls zu erhöhen. Die Unternehmer haben dadurch Exultation zu erleben. Die Unternehmern tragen, als sie denselben vorreden, die organisierten Arbeiter werden die Hilfsarbeiter aus den Brauereien verdrängen. Als letzte Gewähr gegen die Folgen dieses Gebahrens der Unternehmer empfiehlt Wiche die Verwirklichung der in der Resolution niedergelegten Ziele und somit die Annahme der Resolution.

Rudolf Müller-Braunschweig sich im Sinne Wiche ausgedrückt, treten

Schmuck-Karlsruhe und Gerhards-München den Anträgen 47-48 entgegen, weil sie eine Forderung der einzelnen Zweigvereine darstellen.

Klein beantragt zum Schlusswort, alle Anträge abzulehnen und die Resolution Wiche anzunehmen.

Die Resolution Wiche wird darauf einstimmig angenommen.

Punkt 7 der Tagesordnung: „Allgemeine Anträge“.

Die Anträge 49, 53, 54 und 55 finden keine Unterstützung. Der Antrag 52 (Ziffeldorf) wird ohne wesentliche Debatte abgelehnt, mit dem Hinweis darauf, die Zweigvereine resp. Zahlstellen möchten sich die wichtigsten Gesichtspunkte anschaffen.

Der Antrag 56 (München) lautet:

„Nedem vertriebenen Mitglieder, welches seinen Verbindungen gegenüber dem Verbande nachgekommen ist, unentgeltlich einen theuren Rathsch in der „Brauer-Zeitung“ zu widmen.“

Gerhards-München.

Wiche wird angenommen mit dem Zusatz: „dem Hauptvorstande das Nöthige in dieser Beziehung zu überlassen.“

Ein weiterer von Gerhards-München gestellter Antrag (57) wird ebenfalls ohne wesentliche Debatte in folgender Fassung angenommen:

„Alle auf dem Verbandstage gefassten Beschlüsse sind unbedingt bis zum nächsten Verbandstage aufrecht zu erhalten; dieselben können nur in dringenden Fällen mit Einwilligung von 2/3 aller Zahlstellen abgeändert werden.“

Kloesel will die finanzielle Lage der provinziellen Agitationskommissionen sicherer gestellt wissen und fragt, welche Mittel der Verbandstag zu ergreifen gedenke, um die provinziellen Agitationskommissionen aktionsfähig zu erhalten.

Wiche-Hannover ersucht, diese Angelegenheit dem Verbandsvorstand zu überlassen.

Hodapp-Berlin legt dar, daß in § 20 des Statuts die Angelegenheit genau festgelegt ist.

Nach eingehender Debatte, an der sich noch Jacobs-Erfurt, Miedl-Frankfurt a. M., Decker-Bochum und Staudenmeyer-Frankfurt a. M. beteiligten, wird folgender Antrag Staudenmeyer-Frankfurt a. M. angenommen:

„Stelle den Antrag, die Agitationskommissionen, welche ein großes Arbeitsfeld haben und die Unterstützungsnöthwendigkeit genügend begründen, seitens des Hauptvorstandes zu unterstützen, jedoch nur so weit, als Gelder vorhanden sind. Aufgabe der Agitationskommissionen soll es sein, durch freiwillige Beiträge, wie es in Frankfurt durch Vertrieb der Agitationsmarken üblich, die Kosten möglichst selbst aufzubringen und nur im äußersten Nothfalle den Hauptvorstand in Anspruch zu nehmen.“

3. Verhandlungstag (30. Mai). Nachmittags-Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsitzende ein Telegramm aus Dresden.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: „Wahl des Hauptvorstehenden und des Ortes, an welchem der Hauptvorstand seinen Sitz hat“, werden die Anträge 58, 59 und ein Antrag Stuttgart zur Diskussion gestellt.

Gerhards-München begründet den Antrag München damit, daß es notwendig sei, den Sitz des Verbandes nach München zu verlegen, daß das Agitationsfeld in München und ganz Bayern noch ein sehr großes sei. So seien allein 2200 Brauer in München beschäftigt, wovon nur 750 organisiert seien. Leider herrsche immer noch eine Vorurtheilhaftigkeit gegen Norddeutschland und müsse mindestens zur Befreiung derselben dem Antrage gemäß Rechnung getragen werden und der Sitz wenigstens nach dem Süden verlegt werden. Hannover sei jetzt am allerwenigsten aus vereinsgesellschaftlichen Gründen der geeignete Ort, dann eher noch Stuttgart, aber jedenfalls gehöre der Sitz schon deshalb nach München, weil dies die Metropole des Bierkontinents sei. Die Leitung der Münchener Zahlstelle könne die Arbeit kaum bewältigen, auch seien die Kollegen Münchens noch nicht genügend in der Organisation gefähigt, deshalb sei mindestens eine tüchtige beständige Kraft in München nöthig. Er befürwortete nochmals die Annahme des Antrages.

Krenzer-Kiel spricht sich gegen den Antrag aus und zweifelt den agitatorischen Werth, den die Zahlstelle München erwarke, auch sei er gegen eine Wahl des Vorsitzenden auf 5 Jahre.

In demselben Sinne sprechen sich noch Kloesel-Barmen, Stöcklein-Leipzig und Frißching-Dresden aus. Letztere meinen, wenn es sich um Erlangung von Mitgliedern handle, so sei überall die gleiche Nothwendigkeit vorhanden, namentlich sei auch in Sachsen noch viel zu gewinnen, man solle nicht immer so von Partikularismus sprechen, wir seien international und hätten gleiche Interessen. Auch erklären sich Hebner gegen eine längere festgesetzte Amtsdauer des Vorsitzenden.

Schmidt-Münchberg ist für Verlegung des Sitzes nach Stuttgart, da das württembergische Vereinsgesetz noch das beste sei. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, nachdem Klein dafür und Neule dagegen gesprochen hat.

Heymann-Kassel beantragt, darüber abstimmen zu lassen, ob überhaupt der Sitz verlegt werden soll.

Gerhards-München spricht dagegen, Heymann für den Antrag. Man könne noch lange nicht wissen, was die Zukunft bringe, es könne auch in München, wie in jedem anderen Orte, ein Mowp der Polizeibehörde gegen den Verband geführt werden. Er sei für Befragung des Letzteren in Hannover.

Obermaier-München beantragt, eine Person zu wählen, die von Verbandswegen besoldet, in München beständig zur Agitation sein solle.

Klein-Hamburg beantragt, einen Vorsitzenden zu wählen, der zugleich die Kasse führt, und einen Redakteur, dem die Redaktion und Expedition obliegt.

Dagegen spricht sich Brandt-Hannover aus. Wolle man, daß in Zukunft die Geschäfte des Verbandes ordentlich geführt werden, so müsse auch die gehörige Kraft dazu sein. Es sei verfehlt, bei diesem Punkte zu fargen, der Verband wachse täglich mithin auch die Arbeit. Wir wollten, daß mit der Vergrößerung eines Betriebes die Zahl der Arbeitskräfte gleichen Schritt halte, folglich dürften wir auch nicht das Gegenheil von unseren Beamten verlangen. Er stelle den Antrag, das Verbandsbureau folgendermaßen zusammenzusetzen:

Wiche-Hannover, Vorsitzender und Redakteur.

Gerhards-München, Kassirer.

Wauer-Hannover, Expedient und 1. Hilfskraft.

Gerhards will den Kassirerposten nach München verlegt wissen. Richter-Berlin wünscht, daß man sich erst Klarheit schaife, welche Personen man überhaupt als Hilfskräfte anstellen wolle, und bittet, Vorschläge zu machen.

Wiche-Hannover führt aus, daß der Verbandsvorstand bereits eine Hilfskraft in der Person des Kollegen Wauer-Hannover angenommen habe und plädiert für Anstellung desselben mit einem Monatsgehalt von 120 Mk.

Schmuck-Karlsruhe behauptet, daß man das Personal des Verbandsbureaus nicht auf 3 Mann erhöhen wolle. Er sei für Bewilligung von 20 Mk. Monatslohn für den Kassirer.

Gerhards-München will den Gehalt der Hilfskraft auf 100 Mk. monatlich, ebenso das Monatslohn des Kassirers auf 100 Mk. festgesetzt wissen.

Heymann will die Hilfskraft mit 200 Mk. besoldet haben, es seien genügend arbeitslose Kollegen dafür zu bekommen.

In demselben Sinne spricht sich auch Jacobs-Erfurt aus. Nachdem Wiche noch berichtet, daß er mit arbeitslosen Kollegen nicht immer die besten Erfahrungen gemacht habe und 120 Mk. Monatslohn für die Hilfskraft zu geben empfiehlt, wird ein Antrag Frißching-Dresden, der Hilfskraft 100 Mk. Gehalt zu geben, angenommen.

Es wird hierauf in der Abstimmung beschloffen, den Sitz des Verbandes in Hannover zu belassen.

Als Vorsitzender wird Wiche einstimmig wiedergewählt und ihm zugleich als Kassirer 10 Mk. Monatslohn bewilligt; als Hilfskraft wird Wauer-Hannover gewählt.

Hiermit sind alle darauf bezüglichen Anträge gefassten und wird in eine Diskussion über den Antrag Obermaier-München eingegangen.

Frißching-Dresden, Wolf-Mainz und Müller-Braunschweig sprechen sich gegen den Antrag aus. Es sei nicht möglich, noch mehr besoldete Kollegen auf Verbandskosten als Agitatoren anzustellen. Die Münchener Kollegen müßten das aus eigenen Mitteln thun.

Klein-Hamburg ist im Prinzip für den Antrag Obermaier und meint, daß man wohl einen Kollegen aus Verbands- und Lokalmitteln anstellen könne.

Schmuck-Karlsruhe meint, daß es sich wohl lohne, einen besoldeten Agitator für den ganzen Süden anzustellen, der immer mit dem Hauptvorstand in Fühlung stehe.

Decker meint, man hätte, um den Münchener Kollegen gerecht zu werden, den Redaktionsstift nach München verlegen sollen. Hierauf wird ein Antrag Staudenmeyer-Frankfurt a. M., 40 Mk. für die betreffende Person zu bewilligen, angenommen.

Der Sitz des Ausschusses wird in Berlin belassen.

Auf Antrag Richter-Berlin wird der Sitz der Presse- und Reichs-Kommission nach Frankfurt a. M. verlegt.

Punkt 9 der Tagesordnung: „Wahl des Ortes, wo der nächste Verbandstag stattfinden soll“.

Ueber die Anträge 61, 62, 63 und 64 beantragt Heymann-Kassel ohne Diskussion zur Tagesordnung hinwegzugehen, worauf die Antragsteller die Anträge hierzu zurückziehen.

Antrag 63, den nächsten Verbandstag in Dortmund abzuhalten, wird abgelehnt und auf Verfirmung Neule's Stuttgart als nächster Ort des Verbandstages gewählt.

Ein Antrag Krenzer beim nächsten Kongreß den Vertreter der Einzelmitglieder auch aus andern, näher liegenden Orten zu wählen, wird nach kurzer Diskussion angenommen.

Punkt 10 der Tagesordnung: „Verschiedenes“.

Der Antrag 67 (Hamburg), welcher abgelehnt ist, wird auf Antrag Staudenmeyer-Frankfurt wieder aufgenommen.

Klein-Hamburg erklärt, daß die Errichtung eines Zentralauskunftsbureaus von großem Werthe sei, um den arbeitslosen Kollegen zur Erlangung von Arbeit stets behilflich zu sein und die Arbeitslosigkeit nicht auf einen Punkt zu centralisiren.

Richter-Berlin verspricht sich nicht viel von der Errichtung eines solchen Instituts.

Frißching-Dresden will mehr Agitation in Ostdeutschland, namentlich in Schlesien betrieben wissen, damit man von dieser Seite nicht so sehr überlaufen würde.

Wiche erklärt sich prinzipiell für die Errichtung eines Auskunftsbureaus und hofft, daß die einzelnen Vorstände die nöthige Anregung dazu noch geben würden.

Klein zieht den Antrag zurück.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Wiche-Hannover bedankt sich für seine Wiederwahl zum Vorsitzenden und verspricht fernerhin für das Wohl des Verbandes zu arbeiten. Er appellirt an alle Kollegen, ihn hierin zu unterstützen.

Hierauf führt der Vorsitzende Klein aus, daß man am Schlusse der Verhandlungen angelangt sei. Er hoffe, daß die gefassten Beschlüsse dem Verband zum Segen gereichen und uns wieder einen Schritt nach vorwärts bringen werden. Sei auch mancher Wunsch und manche Hoffnung nicht erfüllt worden, so seien doch die Verhandlungen von einem guten Geiste getragen gewesen. Er habe die Ueberzeugung, daß die Delegirten die Früchte dieser Tage in alle Winde tragen werden. Redner schließt mit einem brausend aufgenommenen Hoch auf den Central-Verband deutscher Brauer und verwandter Berufsangehöriger und auf die internationale Arbeiterbewegung den 10. Verbandstag.

Das Begrüßungsschreiben der amerikanischen Brauereiarbeiter-Union hat folgenden Wortlaut:

An den Verbandstag des Zentral-Verbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsangehöriger.

Hotel Treffler, Sonnenstraße, München.

Werthe Brüder! Im Namen des National-Verbandes der nordamerikanischen Brauereiarbeiter senden wir Euch zu Eurem Verbandstag brüderlichen Gruß und Handschlag. Mit Interesse haben wir Euer Fortschritte während des vergangenen Jahres verfolgt, mit Freuden die gesunde Entwicklung und das stetige Wachsen Eurer Mitgliederzahl begrüßt. Der kommende Verbandstag ist wiederum ein Markstein in Eurer und der Brauereiarbeiter der ganzen Welt Geschichte. Bewirkt durch die Erfahrungen der vergangenen Jahre kommen Eure Delegaten aus allen Säulen des Deutschen Reiches wiederum zusammen, um ihre Meinungen auszutauschen und Beschlüsse zur weiteren Erhebung unserer gedrückten Berufsangehörigen aus kapitalistischer Sklaverei zu fassen. Mögen Eure Versammlungen vom Klassegeist durchdrungen sein und zur Wohlfahrt der Proletarier des Braugewerbes ausfallen. Seid getreu unseren bisherigen Erfahrungen und vergeßt nicht, daß wir alles, was wir erreichen wollen, und erkämpfen müssen, erkämpfen mit schweren Opfern, mit ernster Arbeit.

Das Jahr 1896 ist für uns Brauereiarbeiter ein besonders wichtiges; infolged in wenigen Wochen in London der erste internationale Brauereiarbeiter-Kongreß der Welt zusammentreten wird. Mit großer Befriedigung und Freude können wir Euch heute mittheilen, daß auch unser National-Verband bei dieser Gelegenheit nicht fehlen, sondern seinen Vertreter entsenden wird. Der gesunde Geist, der fast überall in unserem Verbande herrscht, ist doch noch zum Durchbruch gekommen, der Fortschritt hat über Gleichgültigkeit und kleinliche Motive triumphirt.

Wer hätte wohl vor kaum 10 Jahren zurück nur daran zu denken gewagt, daß die durch schwere Arbeit und unmenschlich lange Arbeitszeit fast zum Thiere heruntergedrückten Brauereiarbeiter der alten und neuen Welt heute mit starken, kampferprobten Bataillonen in der Front der Arbeiterbewegung aufmarschiren würden; wer hätte gehofft, daß gerade die Brauer, die mit die härtesten Sklavensesseln trugen, eine der ersten Organisationen sein würden, die sich über den gewaltigen Ocean hin die Bruderverhand reichen und sich international verbänden.

Möge uns der bisher durch die Organisation erreichte Erfolg zu neuem freudigen Schaffen anspornen, möge der Geist der Solidarität stets festere Wurzeln schlagen, damit wir unentwegt unserem hehren Ziele zumarschiren können: Der endgültigen Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln der Lohnsklaverei.

Ein donnernd Hoch der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung.

Et Louis, Mo., 18. Mai 1896.

National Union of The United Brewery Workmen of The United States.

G. Kurzenkabe, Chas. F. Bechtold, National-Sekretäre.

Hierzu eine Beilage.

Korrespondenzen.

Zur Beachtung! Die verehrlichen Einsender von Berichten werden ersucht, dieselben nur auf schmalem Papier und nur auf einer Seite zu beschreiben.

Frankenthal (Pfalz). Eine der „loyalsten“ Brauereien dürfte wohl die Meyer'sche Brauerei hier sein. Nachdem die Zustände im „Frankenthaler Brauhaus“ im Februar d. J. für uns zufriedenstellend geändert waren, wurde der Versuch gemacht, auch in der Meyer'schen Brauerei einigermaßen annehmbare Verhältnisse einzuführen. Die ab und zu dort beschäftigt gewesenen Verbandskollegen haben schon nach kurzer Zeit wieder den „Meyer'schen Staub von den Füßen geschüttelt“, da nämlich die Behandlungsweise dieses Brauherrn wie auch seines Sohnes nicht nur viel, sondern Alles zu wünschen übrig läßt. Welche Zustände dort herrschen, geht wohl daraus hervor, daß die Meyer'sche Brauerei eine der ständigen Frequenzen des hiesigen Gewerbegerichts ist. So sprechen auch die sogenannten „Schlafräume“ aller Menschlichkeit Hohm. Was die Lohnverhältnisse dort anbelangt, so wurden bisher 75 Mark pro Monat bezahlt, nebst einem Bierquantum von 4 Eitern pro Tag. Als Meyer von dem erfolgreichen Vorgehen im „Frankenthaler Brauhaus“ hörte, besserte er die horrenden Löhne um 5 Mark pro Monat auf. Weder der Lohn noch das Bierquantum entspricht aber den Verhältnissen in der anderen Brauerei. Wenn nun die hiesigen Brauereihilfen bessere Zustände noch nicht erreicht haben, so liegt dies in der Hauptsache daran, daß, wie schon erwähnt, die meisten Arbeiter, den Braumeister eingeschlossen, nur kurze Zeit dort ausschalten und deshalb Verbandskollegen nur spärlich Zugang finden. Sollte aber ein verlässlicher Stamm von Arbeitern bezw. von Verbandskollegen dort einmal dominieren, so gedenken die hiesigen Brauereihilfen in Gemeinschaft mit der Gewerkschaftskommission, der auch hauptsächlich die Ergründungen im „Frankenthaler Brauhaus“ zuzuschreiben sind, in entsprechender Weise vorzugehen.

Hamburg. Eine stark besuchte Mitglieder-Versammlung, zu der auch die Vertreter des Vereins Hamburger Gast- und Schankwirthe von 1888 und des Vereins Hamburger Schankwirthe von 1892 eingeladen und erschienen waren, tagte am 22. Mai im Pannonia-Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen. Der Vorsitzende Klein schilderte noch einmal die Bemühungen, welche der Verein um die Erringung des Arbeitsnachweises seit Jahren unternommen habe, da jedoch alles vergebens war, so hatte der Verein im Jahre 1895 am 1. Juni folgende Forderungen zur Genehmigung an die Brauereien gestellt: 1. Anerkennung des Arbeitsnachweises, 2. 27 Mark Wochenlohn für diejenigen Hilfsarbeiter, welche im inneren Betriebe beschäftigt sind. Die Brauereien antworteten jedoch, daß sie sich auf nichts einlassen würden. Daraufhin versuchte auf unsern Antrag die Kartellkommission eine Einigung mit den Brauereien herbeizuführen. Nachdem dann die Brauereien die Gründe zu diesen Forderungen von der Kartellkommission angeben verlangten, verwies diese die Angelegenheit an den Verein zurück, indem man annahm, daß wenn sie die Gründe angeben würden, nicht der Verein, sondern die Kartellkommission die Forderungen stelle. Es wurde dann im Laufe des Jahres nochmals ein Schreiben zugesandt, welches aber ebenfalls abschlägig beschieden wurde. Um nichts unversucht zu lassen, wandte man sich an die schon genannten Wirthe-Vereine, ferner hat man das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen und den Brauereien wurden die Forderungen am 15. Mai noch einmal zur Genehmigung unterbreitet. Dieselben antworteten, daß sie es niemals abgelehnt hätten, mit der Kartellkommission zu unterhandeln. Klein theilte dann ferner mit, daß die Wirthe-Vereine in ihren Versammlungen unsere Forderungen für gerecht anerkannt und ihre Zustimmung gegeben hätten. Es sei nun die Frage zu erwägen, ob man noch einmal einen Versuch auf gutlichem Wege machen oder in einen Streik eintreten solle. Ein Vertreter der Wirthe wünscht, daß sich die direkt Beteiligten über die Angelegenheit aussprechen sollten. Die nächsten Redner sprachen sich für ein direktes Vorgehen aus, indem sie annahmen, daß uns die Brauereien nur noch länger hinhalten wollten. Ein Kollege der Brauerei Marienthal führte an, daß in genannter Brauerei betreffs der Hilfsarbeiter 9 Mann in Betracht kämen, von denen 4 Hilfsarbeiter während der Mälzerei-Kampagne in der Mälzerei arbeiten und dieselben Ueberstunden für 35 Pf. machen, wogegen die Brauer 50—60 Pf. bezahlt bekommen und das Geschäft dadurch einen bedeutenden Profit habe. Er war der Meinung, den Bescheid vom Einigungsamt abzuwarten. Herr Blesgen, Vorsitzender des 88er Wirthevereins führt aus, daß man die Forderungen genau geprüft und für gerechtfertigt anerkannt habe und dieselben auch genügend unterstützen werde, um aber schließlich einen Streik oder Boykott zu verhindern, dürfe man nichts unversucht lassen, denn beides seien scharfe zweischneidige Waffen. Wenn auch die Brauereien eine Broschüre herausgegeben hätten, daß der größte Theil der Wirthe von den Brauereien abhängig sei, so sei dies unwahr und er versichere, daß wenn die Wirthe-Vereine vermittelnd eingreifen, dieses Vorgehen auch Beachtung finden werde. Er wünsche, daß sich der Verein noch einmal an die Kartellkommission wende, damit diese mit der Kommission der Wirthe-Vereine bei den Brauereien versuchen, die Angelegenheit auf gutlichem Wege zu schlichten. Diesem Wunsche gemäß wurde beschlossen.

Hof. Sonntag, den 31. Mai, fand im Saale der Rosenau eine öffentliche Versammlung der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter statt. Es war die erste öffentliche Brauereiversammlung, welche in Hof stattfand. Bedauerlicher Weise hat uns der Referent, Kollege Richter-Berlin, wie er uns durch Telegramm im letzten Augenblick mittheilte, (durch Zugverspätung) im Stiche gelassen. Die Versammlung wurde durch Genossen Rauch, Vorstand des Gewerkschaftskartells, eröffnet und ertheilte derselbe zum 1. Punkt der Tagesordnung dem Genossen Weipfer, Redakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung“ das Wort, welcher über die Mißstände im Brauereigewerbe, und die Nothwendigkeit der Organisation referirte und in längerer ausführlicher Weise in einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag seine Aufgabe voll und ganz erledigte. Nach einer kurzen Diskussion wurde der 3. Punkt der Tagesordnung: „Gründung einer Zahlstelle“, angenommen und ließen sich sofort 9 neue Mitglieder in den Verband aufnehmen, so daß die junge Zahlstelle Hof 22 Mitglieder zählt. Leider mußte das Verhalten der Kollegen der Kronenbrauerei gerügt werden, da sich dieselben noch nicht dem Verbandsangehörigen haben, doch hoffen wir, daß auch diese Kollegen noch zur Einsicht gelangen und daß wir, durch ein festes Zusammenhalten, unsere gewiß besserungsbedürftige Lage verbessern und die vorhandenen Mißstände beseitigen werden. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die Kollegen Martin Will als erster Vorsitzender, Hermann Seig als Kassirer, und Fritz Sager als Schriftführer gewählt. Nachdem die Anwesenden noch aufgefordert waren, fest und treu zum Verbands zu halten, folgte Schluß der imposanten Versammlung.

(Anmerkung d. Red.) Auch wir begrüßen die Kollegen von Hof in unseren Reihen und hoffen wir, daß wir an ihnen tüchtige Mitarbeiter für unsere gerechte Sache gewonnen haben, denn nur einer strammen festen Organisation ist es möglich, das zu erreichen, was der einzelne Arbeiter niemals erreichen kann. Auch hoffen wir, daß die Kollegen der Kronen-Brauerei zu dieser Einsicht gelangen und sich den übrigen Kollegen anschließen werden.)

Ingolstadt. Die lange Arbeitszeit, die „guten“ Wohn- und Schlafräume, sowie der „horrende“ Lohn für die gewiß anstrengende Arbeit hat die hiesigen Kollegen schon mehrfach zum Nachdenken darüber veranlaßt, wie es am leichtesten möglich zu machen sei, daß auch sie ihre gewiß verbesserungsbedürftige Lage einigermaßen den menschlichen Anforderungen anpassen könnten. Behufs Lösung dieser Frage fanden sich etwa 50 bis 60 Kollegen am Sonntag, den 31. Mai zusammen und es wurde von verschiedenen Kollegen betont, daß es unbedingt nothwendig sei, sich zu organisiren und zugleich enger zusammenzuschließen, denn der Einzelne sei gegenüber der Macht des Kapitals widerstandlos. Nach einer sehr regen Debatte, an der sich auch die Delegirten Graf, Reithner und Brandt (die auf ihrer Durchreise zufällig anwesend waren) theilnahmen. Es wurde die Ansicht geltend gemacht, daß wir einen Verein gründen und uns auch zugleich dem „Verband deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen“ anschließen möchten. Nachdem dieses auf das freundlichste begrüßt worden, ließen sich sämtliche anwesenden Kollegen von Ingolstadt in den Verband aufnehmen. Hierauf wurde ein provisorischer Vorstand gewählt, welcher bis zur nächsten Versammlung die nöthigen Vorarbeiten auszuführen wird. (Anm. der Red.) Wir begrüßen die Kollegen von Ingolstadt auf's Herzlichste in unseren Reihen und hoffen, daß wir treue und tüchtige Mitglieder in ihnen gewonnen haben, damit auch die Zahlstelle Ingolstadt gleich ihren Nachbarstädten Regensburg und München blühen und gedeihen möge! Den Kollegen von Ingolstadt, welche bei der obigen Besprechung nicht anwesend sein konnten oder nicht anwesend waren, rufen wir aber zu: Wacht auf, Kollegen! schließt Euch der organisirten Arbeiterschaft an; nur vereint bilden wir eine Macht. Wie der schöne Ausspruch lautet: Strebt nach der Macht, so erlangt Ihr das Recht.

Wülheim a. Rh. Am 16. Mai fand im Lokale des Herrn Gogen unsere Monatsversammlung statt. Nachdem die Beiträge entrichtet worden waren, ließen sich neun Kollegen in den Verband aufnehmen. — Zu Punkt 2 gab der Kassirer die Quartalsabrechnung, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. — Zu Punkt 3 wurden durch verschiedene Fragen an den Fragekasten 3,30 Mk. eingenommen. Nachdem der Vorsitzende noch sämtliche Kollegen ermahnt hatte, fest und treu zum Verbands zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Nierstein. Hier befindet sich eine Malzfabrik, in der auch die Arbeiter aufs äußerste ausgebeutet werden. Im Winter sind nicht gelernte Kräfte aus Nierstein selbst beschäftigt, die aber im Frühjahr, wenn sich die Natur schon entfaltet, die „Knochenmühle“ wieder verlassen und leichtere, angenehmere Arbeit suchen. Da müssen denn natürlich Brauer aufgenommen werden, die die Sklaven spielen. Von Seiten der Herrschaft ist eine gute Behandlung, auch der Oermälzer soll nicht so hart sein, doch kommen von letzterem manche gemeine Ausdrücke vor. Als sein Stellvertreter fungirt ein Nichtgelernter, (vormaliger Schuster), Namens Scholles. Dieser Herr scheint früher schon einmal Kerkermeister oder Sklavenaufseher gewesen zu sein, denn er treibt den ganzen Tag die Leute an. Die Arbeitszeit dauert an Wochentagen von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends mit 2 1/2 Stunden Ruhepausen. Abends werden noch die Hausen erledigt, wobei die Arbeitszeit von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr dauert. An Sonn- und Feiertagen dauert die Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 10, auch 11 Uhr Vormittags, dann von 1 Uhr Mittag bis 2 1/2, auch 3 Uhr Nachmittags und Abends von 8 bis 9 1/2 Uhr. Also keine Sonntagsruhe und kein Ersatz dafür! Der Wochenlohn beträgt für Brauer 22,50 Mk. für Nichtgelernte 21 Mk., Ueberstunden werden nicht bezahlt, auch giebt es keinen Hausstrunk. Es befindet sich hier ein Wirthschaft, wo das Bier von der zugehörigen Brauerei bezogen wird. Der Verwalter der Mälzerei will uns nur zwingen, in dieser Wirthschaft das Bier zu beziehen, aber der Herr irrt sich, denn für unser Geld konsumiren wir wo es uns beliebt. — Betreffs der Wohnung kann man sagen, daß wir sehr hoch leben, 60 Treppenstufen über dem Erdreich, durch dunkle und bei Nacht nicht beleuchtete Gänge müssen wir unser Schlaf- und Wohnzimmer aufsuchen. Die Garnitur ist sehr schmutzig und 3 Monat nicht gereinigt gewesen. Das Tageslicht wird durch 2 große Fenster zugeführt und diese sind so hoch mit Kittfarbe angestrichen, daß der größte Mann über die angestrichenen Scheiben nicht hinaussehen kann. Wasch- und Badelokal giebt es nicht. Die Arbeit ist so anstrengend, daß es in Nierstein schon einige Wittwen und Waisen giebt, deren Ernährer in der Wuth zu Tode geschunden und frühzeitig gestorben sind. Es existirt eine sogenannte Arbeits- und Hausordnung mit nicht weniger als 81 Paragraphen, doch scheint dieselbe gar nicht behördlich bestätigt zu sein. Beschäftigt sind 26 Arbeiter (mit uns 9 Brauern), von denen leider nur 6 dem Verbands angehören. Sehr brutal ist auch der Kollege Bohr hinausgedrückt worden, der sich das aber nicht gefallen lassen wollte und kam die Sache zur Verhandlung nach Oppenheim in Hessen. Der Oermälzer beschwor bei der Verhandlung, es sei bei ihm genaue Pünktlichkeit eingehalten (wo doch selbe gar nicht eingehalten wird). Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Gewerbeaufsichts-Organe einmal diese Musterbude inspiziren wollten, für diese hat ja doch wohl die links am Eingange befindliche Tafel mit der Aufschrift „Der Eintritt ist strengstens verboten“, keine Gültigkeit.

tags dauert die Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 10, auch 11 Uhr Vormittags, dann von 1 Uhr Mittag bis 2 1/2, auch 3 Uhr Nachmittags und Abends von 8 bis 9 1/2 Uhr. Also keine Sonntagsruhe und kein Ersatz dafür! Der Wochenlohn beträgt für Brauer 22,50 Mk. für Nichtgelernte 21 Mk., Ueberstunden werden nicht bezahlt, auch giebt es keinen Hausstrunk. Es befindet sich hier ein Wirthschaft, wo das Bier von der zugehörigen Brauerei bezogen wird. Der Verwalter der Mälzerei will uns nur zwingen, in dieser Wirthschaft das Bier zu beziehen, aber der Herr irrt sich, denn für unser Geld konsumiren wir wo es uns beliebt. — Betreffs der Wohnung kann man sagen, daß wir sehr hoch leben, 60 Treppenstufen über dem Erdreich, durch dunkle und bei Nacht nicht beleuchtete Gänge müssen wir unser Schlaf- und Wohnzimmer aufsuchen. Die Garnitur ist sehr schmutzig und 3 Monat nicht gereinigt gewesen. Das Tageslicht wird durch 2 große Fenster zugeführt und diese sind so hoch mit Kittfarbe angestrichen, daß der größte Mann über die angestrichenen Scheiben nicht hinaussehen kann. Wasch- und Badelokal giebt es nicht. Die Arbeit ist so anstrengend, daß es in Nierstein schon einige Wittwen und Waisen giebt, deren Ernährer in der Wuth zu Tode geschunden und frühzeitig gestorben sind. Es existirt eine sogenannte Arbeits- und Hausordnung mit nicht weniger als 81 Paragraphen, doch scheint dieselbe gar nicht behördlich bestätigt zu sein. Beschäftigt sind 26 Arbeiter (mit uns 9 Brauern), von denen leider nur 6 dem Verbands angehören. Sehr brutal ist auch der Kollege Bohr hinausgedrückt worden, der sich das aber nicht gefallen lassen wollte und kam die Sache zur Verhandlung nach Oppenheim in Hessen. Der Oermälzer beschwor bei der Verhandlung, es sei bei ihm genaue Pünktlichkeit eingehalten (wo doch selbe gar nicht eingehalten wird). Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Gewerbeaufsichts-Organe einmal diese Musterbude inspiziren wollten, für diese hat ja doch wohl die links am Eingange befindliche Tafel mit der Aufschrift „Der Eintritt ist strengstens verboten“, keine Gültigkeit.

Traunstein. Eine Versammlung am Pfingst-Sonnabend vereinigte fast sämtliche hier arbeitende Kollegen. Nach einem Vortrage des Kollegen Wichele wurden die örtlichen Verhältnisse besprochen und von mehreren Kollegen noch auf die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses aller Brauereiarbeiter hingewiesen. Der Geist, welcher die Kollegen hier beherrscht, ist wirklich ein sehr guter und haben sich jetzt auch die Schächler, aufgerüttelt durch die Kollegen aus Reichenhall und Teisendorf, ihrer Organisation angeschlossen. — Auch in Reichenhall fand am 1. Pfingsttag eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung statt, welche von Berufsgenossen der ganzen Umgegend besucht war. Kollege Wichele behandelte die heutigen Zustände im Brauereigewerbe, während der Schächler Kaufmann aus München die Ursachen des Schächlerstreiks und die gegenwärtige Situation behandelte. In der Diskussion wurde auf die Nothwendigkeit der Einigkeit hingewiesen und beschlossen, daß die Schächler und Brauer von Reichenhall, Teisendorf u. s. w. in ihrem Orte allmonatlich gemeinsam eine Versammlung abhalten. Alle Vierteljahr soll in Reichenhall eine Versammlung für alle Gebirgsorte der Zahlstelle stattfinden.

Warnung

vor dem Brauer Hugo Hirsch aus Schlesien. Derselbe hat sich in Zwickau an Verbandskollegen verschiedene Betrügereien und Diebereien zu schulden kommen lassen. Die Kollegen sind deshalb gewarnt.

Quittung.

Für die ausgesperrten und freitenden Kollegen:
Vom Budapester Brauer-Verein 33,96 Mk. Durch den Kollegen J. M. Barmen 15 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Feldschlößchen Braunschweig 14,65 Mk. Von den Kollegen in Splingen 23,60 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Nieder u. Ho. Leipzig 10,20 Mk. Von den Brauern und Hilfsarbeitern der Brauerei „Zum Engel“ in Heidelberg 6 Mk. Von den Kollegen der Brauerei National u. Moser, St. Etienne in Frankreich 22,50 Mk. Von den Kollegen der Aktien-Brauerei Ludwigshafen 31,86 Mk. Von den Mälzern der Brauerei Binding, Frankfurt a. M. 11 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Oberländer 7 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Schächlerhof, Mainz 5,90 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Fleischmann, Landshut 9 Mk. Von einem Bediensteten der Brauerei Fleischmann, Landshut 1 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Gebr. Koller, Landshut 6,10 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Reichert, Landshut 3 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Sebald, Landshut 1,10 Mk. Von dem Kollegen Brunner, Landshut 0,50 Mk. Von den Kollegen in Schwelzingen 29,60 Mk. Von den Kollegen der Löwen-Brauerei, Hagen i. W. 7 Mk. 2. Sammlung der Brauereiarbeiter der Adler-Brauerei von G. Dierichs, Barmen 7,30 Mk. Von den Kollegen in Teisendorf 9 Mk. Von den Verbandskollegen der Kaiser-Brauerei, Hannover 8 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Rau, Mannheim 10 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Löwenkeller, Mannheim 15,50 Mk. Von den Kutschern der Brauerei Eichbaum, Mannheim 16,40 Mk. Von den Brauern der Eichbaum-Brauerei, Mannheim 22,70 Mk. Durch den Kollegen Kraus, Mannheim 3,30 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Reif, Nürnberg 5 Mk.

Zu Nr. 21 der „Brauer-Zeitung“ muß es unter „Freiwillige Beiträge für die Aussperrten“ statt 16,25 Mk. heißen: Von den Kollegen der Löwen-Brauerei, Hagen i. W. 12,25 Mk. Von den Kollegen in Gasse i. W. 4 Mk.

H. Wichele.

Bücherchau.

Soeben erschienen: **Stenographisches Protokoll über den Kongress der Arbeiter in den Lebensmittelländern Oesterreichs** vom 5.-6. April 1896 in Wien. Nebst Anhang der Eingaben der Meister an das Hohe k. k. Handelsministerium um Abschaffung des Erfabrhetages und Begeneingaben der Gehilfen

der Wäcker und Auserbäder und Situationsberichte. Preis 15 fr. (Mit Postsendung 18 fr.) Zu beziehen durch die Administration "Der Zeitgeist", Wien 16, 2. Verchenfeldergürtel 8.

Von **Edern's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter** mit 3 Karten, enthaltend ca. 2000 Fußreisestrecken mit genauer Kilometerangabe der Ortsentfernungen, ist soeben die 2. Auflage erschienen. Nachdem in ca. 1 1/2 Jahren die erste bedeutende Auflage abgesetzt wurde, so ist dadurch die Brauchbarkeit des gut ausgestatteten Büchleins, das von den bedeutendsten Gewerkschaften Deutschlands bei Berechnung des Reisegeldes als Maßstab benutzt wird, gewiß erwiesen. Dasselbe dient auch als Taschenbuch für Maschiner, Preis geb. Mk. 1,50. Zu beziehen durch J. Edern, München, Aufträge 1 (auch gegen Briefmarken), und durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

Verfassungs-Kalender 2c. Duisburg.

Sonntag, den 14. Juni, Nachmittags 4 Uhr, findet in der Centralherberge der Gewerkschaften (Restaurant H. Köpfer), Kloster-

straße 11, unsere **Verfassung** statt. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Wiesbaden.

Die **Reisenunterstützung** wird beim Kollegen J. Gontner, Schützenstr. 19, ausbezahlt.

Hamburg.

Die **Unterstützung** wird nur Mittags von 12 - 1 Uhr vom Kassierer Paul Liebe, Bergstraße 5, 2. Et., St. Pauli, ausbezahlt.

Silbesheim.

Sonntag, den 7. Juni, Nachmittags 2 1/2 Uhr, findet in Nieses Restaurant unsere **Mitglieder-Verfassung** statt. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Leipzig.

Sonntag, den 14. Juni, Nachmittags 4 Uhr: **Oeffentliche Verfassung der Brauer und verwandter Berufsgenossen** im Universitätskeller, Ritterstr. 7. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Wie stellen wir uns zur Gründung einer Arbeitslosenunterstützung und eines Unterstützungsfonds? 3. Gewerkschaftliches.

Nürnberg.

Wir geben den reisenden Kollegen bekannt, daß wir durch verschiedene höchst unliebsame Vorgänge gezwungen wurden, unsere **Herberge** von Gruber, drei Köpfe, hinweg zu dem Kollegen Gerling („Bäckerherberge“), zu verlegen. Gerling wird sich anlegen sein lassen, ein Herbergsvater im wahren Sinne des Wortes zu sein, was bei Gruber leider nicht immer der Fall war. Unsere regelmäßigen **Monatsversammlungen** finden jetzt jeden ersten Mittwoch des Monats statt.

Die **Reisenunterstützung** wird beim Kollegen Schmidt, Maxplatz 33, ausbezahlt.

Zwickau i. S.

Sonntag, den 7. Juni, Nachmittags 2 Uhr, im Restaurant „Belvedere“ **Oeffentliche Brauer-Verfassung**. Tagesordnung: 1. Bericht über den Verbandstag zu München. Referent: Kollege Ed. Stöcklein-Leipzig. 2. Bericht aus den Brauereien. 3. Diskussion. — Die Kollegen von Gainsdorf, Burkersdorf, Kirchberg, Rodewisch, Reichenbach, Greiz und Zwickau und Umgegend sind freundlichst eingeladen, zahlreich zu erscheinen. — Quittungsbücher mitbringen. Entrichtung der Beiträge.

Inserate.

Unsern lieben Kollegen **Joseph Hierrl** und seiner lieben Frau, Fräulein **Viktoria Weigl** zu ihrer am 8. Juni stattfindenden Hochzeit die besten Glück- und Segenswünsche.

Ferner unsern lieben Kollegen **Joseph Geiger** und seiner lieben Frau, Fräulein **Fanny Merkle** zu ihrer am 9. Juni stattfindenden Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die **Verbandskollegen** der **Neubau-Mälzerei (Löwen-Brauerei)**, München.

Wo befindet sich der Kollege **Max Brehm** aus Waltershausen? Um Angabe seiner Adresse bittet **Wilh. König**, Aktien-Brauerei Flensburg.

Karlsruhe.

Unsern Kollegen **Friedrich Zimmermann** und seiner lieben Frau, Fräulein **Wilhelmine Haberstroh** die besten Glückwünsche zu der am 6. Juni stattfindenden Hochzeitsfeier mit dem Motto vom Dichter Hans:

Kommen einmal trübe Tage,
Wunder Freis vergesse nicht;
Gehst halt einfach in den Sternen,
Und vergißt dabei die Junge! — nicht.
So — Brand!

Die Kollegen der **Schrenppfchen Brauerei, Karlsruhe.**

Das Wunder-Microscop.

wovon in der Chicagoer Weltausstellung über 2 1/2 Millionen verkauft wurden, ist jetzt bei mir für den geringen Preis von **nur M. 1,50** (gegen Vorherseinsendung von M. 1,50 franco) erhältlich.

Vorzüge dieses Wunder-Microscopes sind, daß man jeden Gegenstand **400mal** vergrößert sehen kann, daher Staubatome und für das Auge unsichtbare Thiere wie **Waisfäden** so groß sind.

Unentbehrlich zum Unterricht der Botanik und Zoologie und ein längst gewünschter **Gaushaltungsapparat** zur Untersuchung aller Nahrungsmittel auf Verwesung, und des Fleisches auf Trübsinn. Namentlich haben in letzter Zeit **schädliche Bakterien** durch Genuß verdorbenen Fleisches, Käse etc., den Tod eines Menschen herbeigeführt. Die im Wasser lebenden **Zusatzschierstierchen**, welche mit bloßem Auge nicht sichtbar sind, sieht man **klar** umher schwimmen.

Außerdem ist das Instrument mit einer **Loupe für kurzfristige** zum Lesen der kleinsten Schrift versehen. **Genau** Anweisung wird jedem **Käuflichen** beigegeben. Zu beziehen von **J. Kana, Hamburg I.**

Joh. Dohm,

Spezialgeschäft f. Bierbrauer, Kiel, Winterbekerstr. 12,

empfehlend in bekannter Güte: **gute, dauerhafte Hemden, hant und normal, Unterhosen, Socken, wollene Westen, Arbeitshosen, Seiden- und Fuchshäute, Holzschuhe, Plüschschuhe, Mäler-Pantoffeln, große Socken, Sandsocken, Biertrüger** usw. Preisverantw. gratis.

Todesanzeige.

Allen Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, Kollege **Johann Obermeyer**

nach langem Leiden am 29. Mai, im Alter von 46 Jahren an der Schwindsucht gestorben ist. Die Beerdigung fand am Montag, den 1. Juni unter Beteiligung des ganzen Personals der Aktien-Brauerei Hohenföhrnhausen, wo der Verstorbene zuletzt beschäftigt war, und einer Anzahl Kollegen statt. **Ehre seinem Andenken!**

Der Vorstand des Zweigvereins Berlin.

Weissenfels.

Allen Verbandsmitgliedern zur Nachricht, daß **Sonntag, den 18. Juni, Abends 8 Uhr,** im Restaurant „Bergkeller“ eine

Besprechung behufs **Gründung einer Zahlstelle** stattfindet. Alle Kollegen und Berufsgenossen werden hierdurch eingeladen. **Mehrere Mitglieder.**

Dresden.

Hierdurch wird zu der am 28. Juni von den Bräuern und Wätkern Dresdens und Umgegend abgehaltenen

Sommerpartie nach der sächsischen Schweiz

per **Extra-Schiff mit Musikbegleitung** eingeladen. **Abfahrt pünktlich 5 Uhr.** Karten sind bei den Vertrauensleuten zu entnehmen.

Tüchtige Brauer

erhalten schnell gute Stellung bei **Aug. Röhrig, Brauerverkehr, Duisburg.**

Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit farbiger Eisenbahn- und Wegkarte von Deutschland und angrenzenden Ländern 356 Seiten Text in kleinen geb. Preis 1,60 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Einsendung von 1,50 Mk. auch in Briefmarken von **G. Slomke's Verlag Bielefeld.**

Mannheim.

Halte allen Freunden und Kollegen mein **Gast- und Logirhaus** bestens empfohlen. **Gute und billige Speisen und Getränke, sowie gutes und billiges Logis.**

Jacob Theilacker, B. 2. N. 3.

Cigarren-Versandgeschäft

G. Leithner, Nürnberg, Rühhof 1. Empfehle mein reichsortirtes Lager hochfeiner Cigarren aus überseeischen Tabaken, **100 Stück von 3-10 Mk. franko** per Nachnahme.

Meinen Bekannten und Freunden zur Nachricht, daß ich am **1. Mai 1896** die

Stehbierhalle von R. Hirthe,

Elisabethkirch-Strasse 14, in Vertretung übernommen habe. Für gute Speisen und Getränke wird nach wie vor bestens gesorgt und bietet um geneigten Zuspruch **Otto Wolf, gen. der Weisse.** Restaurateur, Elisabethkirch-Strasse 14.

Hauptverkehr der Brauer u. Küfer Strassburg i. Els.

Gasthaus „Zum goldenen Fäffel“

Den werthen Bräuern und Küfern zur Kenntnis, daß ich stets bemüht sein werde, durch Stellenvermittlung im In- und Auslande mir das bisher bewiesene Vertrauen zu rechtfertigen. Hochachtungsvoll **J. Voeltzel.**

Gasthaus „Zum kleinen Mayerhof“

(Centralverkehr der Brauer und Küfer) von **Friedr. Steinmetz, P. 6, 17/18. MANNHEIM P. 6, 17/18.** Gute Betten zu billigsten Preisen. **Eigener Arbeitsnachweis für Brauer und Küfer.**

C. R. Wittber, CHEMNITZ, Müllerstrasse Nr. 28, Fabrikant der altbekannten

Chemnitzer Holzschuhe desgl. Schlappschuhe. **Flüschschuhe, Mälzerpantoffeln**

Drucksachen aller Art

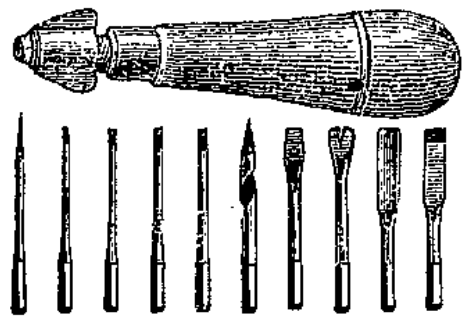
fertigt schnell und preiswerth **Buchdruckerei der „Brauer-Beitung“** Carl Fr. Augustin Hannover, Nordfelderreihe 23.

Stuttgart.

Wilh. Hörcher

Uhrmacher Tübingerstrasse 50, bei der Dinkelacker'schen Brauerei empfiehlt sein gut assortirtes Lager aller Sorten **Uhren, Uhrketten und Schmuckwaaren, Silber, Herren- u. Damen-Remontoir-Uhren v. 12 Mk. an, Regulateure v. 14 Mk. an, Wanduhren v. 4 Mk. an.** Nur solide Waare unter Garantie. **Reparaturen schnell und billig.**

Amerikanisches Universal-Instrument.



Sinnreiche und praktische Einrichtung. Aus bestem amerikanischen Material. In dem hohlen, abschraubbaren Griff befinden sich **10** im täglichen Gebrauche notwendige Werkzeuge wie **Stemmeisen, Nagelzieher, Reibstein, Bohrer, Schraubenzieher, Nadel und 4 Breit-Ähren** von verschiedener Größe. Durch eine am unteren Griffende angebrachte Vorrichtung ist jedes Instrument durch eine einfache Umdrehung einsehbar und nach Gebrauch ebenso schnell lösbar, um mit einem anderen Werkzeug zu wechseln.

Preis **2,75 Mark.** Porto 20 Pfg., von 3 Stück an franko. Nachnahme 20 Pfg. extra. (Marken in Zahlung).

J. Hurwitz, Berlin SW., Kochstr. 19.

Berlin.

Restaurant mit Centralherberge

Neue Friedrichstraße 20 (Ecke Königstraße, in der Nähe des Bahnhofs Alexanderplatz). Hochachtungsvoll **Fritz Preuss.**

Thüringer Wurstfabrik von F. W. Lindner, Eisenberg i. Thür.,

empfehlend: **Prima Cervelatwurst** per 1/2 Kilo 1,20 Mk. **Salami** „ „ „ 1,20 „ **Roth- und Leberwurst** „ „ „ 0,75 „ **Sülze, roth und weiss** „ „ „ 0,50 „ **Thüringer Knackwürstchen** „ Duzend 1,10 „ **Unter streng gesetzlicher Fleisch- und Trichinenschau.** gut getrocknet.

Brauer- u. Mälzer-Mützen

Wie **Müte** in sämtlichen Neuheiten der Saison empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.

Stoffproben stehen franko zu Diensten. Bei Bestellungen nach auferhalb erbitte Kopfweite in Zentimetern anzugeben. Versand erfolgt per Nachnahme; bei 12 St. franko. **Dresden, Carl Fiedler, Schäferstraße 53.** **Dresden, Schäferstraße 53.**

Jockey-Mütze in allen Farben, von 1-1,75 Mk. **Klapp-Mütze**, Stoffmützen von 1-2 Mk., Seide und Atlas in schwarz und bunt 2-2,50 Mk., Ripseide 2,50-3,00 Mk.

Strandmütze in Stoff u. Seide, in jeder beliebigen Farbe, von 1,25-3,00 Mk. **Steife Brauermütze** in Tuch, blau und grün, von 1,75-2,00 Mk.